

008/008 0/0

11 Jahre Antirassismus Antifaschismus Thüringen

Was hat sich in
den letzten 11
Jahren geändert?

Antifaschismus im
Konsens mit der
Mitte?

Gibt es noch die
Notwendigkeit
bzw. Möglichkeit
antirassisti-
scher/antifaschis-
tischer Bündnisar-
beit?

Außerparlamen-
tarische und par-
lamentarische
Opposition im
Konsens?

Die Angriffe auf
die LAG bzw.
VertreterInnen
sind Anlass, die
bisherige
Bündnisarbeit
zu reflektieren
und über neue
Wege nachzu-
denken.



Wer das Denken nicht attackieren kann, attackiert die Denkenden

Eine Dokumentation der Vorgänge um die verbotene Demonstration "Es gibt 1000 gute Gründe Deutschland zu hassen" vom 3. Oktober 2001

Kleine Chronologie des Antifa-Ratschlages in Thüringen

26. November 91

Erstes landesweites Treffen antifaschistischer Initiativen in Weimar.

Es wird eine Unterschriftensammlung für eine Annonce in der Thüringer Allgemeinen Zeitung beschlossen unter dem Titel: „Das Land, das die Fremden nicht schützt, geht bald unter“ als erste landesweite Aktion beschlossen und vereinbart, solche Treffen regelmäßig durchzuführen.

Aus dieser Aktionskonferenz bildet sich die LAG Antifaschismus Thüringen, die im Jahre 93, als deutlich wird, dass es sich nicht allein um ein Problem der extrem Rechten handelt, sich in LAG Antirassismus/Antifaschismus umbenennt.

07. November 92

Antirassistische Aktionskonferenz Thüringen in Erfurt

Gegen Rassismus und Faschismus – Dem Hass keine Chance!

06. November 93

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Erfurt

Fremd im eigenen Land – Greif ein gegen Fremdenhass, Rassismus und Neofaschismus – Dem Humanismus und Völkerefreundschaft eine Chance!

05. November 94

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Erfurt

Eine Rasse – Der Mensch! Es ist Fünf vor Zwölf für Menschlichkeit und Demokratie

4. November 95

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Erfurt

Der 8. Mai ist nie vorbei!

**PARLAMENT
GEGEN
RECHTS**

9.00 Uhr, Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht
Bahnhof – Synagoge – Gewerkschaftshaus
8. November 1997
Erfurt, Erfurt, Erfurt, Erfurt, Erfurt, Erfurt

09. November 96

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Erfurt
Tribunal gegen Ausgrenzung
(hierzu liegt eine Videodokumentation vor)

08. November 97

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Erfurt
Parlament gegen Rechts

7. November 98

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Erfurt
Gegen das Verdrängen – Zeit zum Handeln

6. November 99

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Weimar
KulturSTÖRUNG

4. November 2000

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Jena
Wehret den Zuständen

3. November 2001

Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag in Gera
Hinsehen statt Wegschauen – Handeln statt Beschweigen

Die Ratschläge und die regelmäßigen LAG-Treffen sind der rote Faden, der dafür sorgt, dass Gruppen und Menschen unterschiedlicher politischer Haltungen gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und die Rechtsentwicklung agieren. Wir entschieden uns für den Namen "Ratschlag", weil es nicht darum geht, Botschaften oder gar Dogmen zu vermitteln, sondern mit Hilfe von "Experten" in den Bündnissen, in den Initiativen und Organisationen für Ansätze für eine Politik gegen die Rechtsentwicklung zu finden und weiterzuentwickeln. Der Hauptansatz war und

ist daher: nicht ein festes Bündnis zu schaffen, sondern Vernetzungen und gemeinsame Aktivitäten zu fördern. Dieses Selbstverständnis der LAG hat es in den letzten Jahren möglich gemacht, dass Menschen unterschiedlichster teilweise sogar in anderen Fragen gegnerischer Haltungen zusammenarbeiten konnten und neben den Ratschlägen andere konkrete Projekte entwickeln konnten. Die GewerkschaftlerInnen, die an vielen Fragen im Widerspruch zum Politikverständnis der Autonomen stehen, die Grünen, die eine ablehnende Haltung zur PDS haben usw., konnten unter dieser Prämisse ohne Leugnung der Widersprüche kooperieren.

Wir haben aus der Geschichte der Machtübertragung an die NSDAP gelernt: **Im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus darf man sich nicht spalten lassen!**

Beispiel 1

94/95 Initiative für ein DenkMal für den unbekanntem Wehrmachtsdeserteur

Durch die Zusammenarbeit und das Engagement zahlreicher Personen und Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb Thüringens ist es möglich geworden, dass in Erfurt am 1. September 95 das DenkMal der Öffentlichkeit übergeben wurde. Getragen durch zwei Ratschläge gehört die Stadt Erfurt damit zu den wenigen Kommunen, die sich allen Anfeindungen zum Trotz dafür entschieden hat, derer zu gedenken, die sich dem verbrecherischen Krieg der Wehrmacht entzogen und dafür noch heute als vorbestraft gelten.

Das Projekt konnte nur Dank der Unterstützung vieler Menschen und Organisationen verwirklicht werden. Besonderer Dank gilt dem Künstler Thomas Nicolai sowie Karsten Müller, Jörg Tolkmitt und Carsten Deutl. Der Deutschen Bahn AG, Werk Erfurt ist für die großzügige Freistellung der drei jungen Facharbeiter sowie für Materialspenden zu danken. Für Materialspenden danken wir auch der Firma Metallrohstoffe Thüringen und der ERFEGAU. Dank auch den kleinen und großen Spendern, die einen Betrag von DM 21.026,- aufbrachten.

Ratschlag

4. November 1995

Demonstration gegen Rechts!

1. November

19 Uhr, Johannes-Lang-Haus

Militärgeschichte, Erfurt

Wer hat Angst

vor dem Deserteur?

Politisches Kabarett mit

Martin Buchholz

...

3. November

12 Uhr, Neue Puschelstraße

Deserteure.

Heiden oder Feiglinge?

Streikgespräch



4. November

10 Uhr, Haus d. Gewerkschaften, Erfurt

Fünfter Ratschlag

mit Workshops, Diskussionsforen,

Kultur und Talkrunden

gegen Rassismus, Sexismus,

Faschismus und Militarismus!

Eröffnung mit

Salomea Genin

und Mezmer-Musik von Jazzmer

...

4. November

17 Uhr, Haus d. Gewerkschaften, Erfurt

Demonstration gegen Rechts!

mit Musikbegleitung von Stadtkid des Arbeiterorchesters

Ziel der Initiative war es, einen Beitrag zur politischen Rehabilitation und Entschädigung der Opfer der NS-Militärjustiz zu leisten.

Von diesem Ziel scheinen wir, nachdem die Aufmerksamkeiten des 50. Jahrestages der Befreiung verklungen sind, weiter entfernt denn je.

Auch zur Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte benötigen wir weiterhin einen "Stein des Anstoßes". Zwar wurde die "Initiative für ein DenkMal für den unbekanntem Wehrmachtsdeserteur" der DSU glücklicherweise von der Öffentlichkeit angemessen beantwortet: mit Missachtung; Aber noch immer wartet der Petersberg auf die konsequente historische Aufarbeitung seiner NS-Geschichte.

Dank einer Zuschrift kam heraus, dass sich in der ehemaligen Defensionskaserne noch die originalen Zellen des Wehrmachtsgefängnisses befinden. Einige der Deserteure warteten hier auf ihre Hinrichtung.

Die zeitlichen Abläufe:

November 94

Eine Gruppe zumeist junger Menschen entwickelt die Idee, mit der Forderung nach Aufstellung eines Deserteurs-DenkMals anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung an die Öffentlichkeit zu gehen. Pate stand dabei eine Veranstaltungreihe des "Kulturvereins Mauernbrechen" über das Strafbataillon 999 und die Erkenntnis, dass beide deutsche Staaten diesen Teil ihrer Geschichte – Deserteure – verdrängt oder gar kriminalisiert haben und dass es notwendig sei, sich für eine, wenn auch späte, Rehabilitation einzusetzen.

November/Dezember 94 / Januar 95

KünstlerInnen aus Thüringen und dem Bundesgebiet werden angesprochen. Aus einer Reihe von interessierten KünstlerInnen entscheidet sich die Initiative aufgrund des dargelegten Konzeptes und der Bereitschaft, das DenkMal im Prozeß mit der Initiative und Jugendlichen zu entwickeln, für Thomas Nicolai.

3. Januar

Die Initiative wendet sich an Oberbürgermeister Ruge, um mit der Stadt über einen möglichen Aufstellungsplatz und die Unterstützung durch die Stadt zu verhandeln. Mehrere Schreiben und Telefonate blieben unbeantwortet.

7. März

Da alle Versuche scheiterten, mit dem OB ins Gespräch zu kommen, wurde durch die Fraktion Grüne/Forum ein Antrag für den Stadtrat zur Beratung in den Kulturausschuss eingebracht, nachdem die Initiative einen öffentlichen Platz zur Errichtung des DenkMals erhalten sollte. Der Kulturausschuss schloss sich nach Anhörung des Künstlers Thomas Nicolai und der Vertreterin der Initiative, Julika Bürgin, dem Antrag der Fraktion Forum/Grüne mit vier Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen an.

15. März

Bei einem von über 100 BürgerInnen besuchten öffentlichen Abend im Sitzungssaal des Rathauses, zu dem die Initiative, die evangelische StudentInnengemeinde und die Fraktionen Forum/Grüne einluden, wurde offen und kontrovers, unter Hinzuziehung von Sachverständigen, über das Projekt diskutiert.

22. März

Der Stadtrat beschließt mit den Stimmen von Forum/Grüne, PDS und der Mehrheit der SPD: "Der Ausschuss Schule, Kultur und Sport unterstützt die Initiativgruppe zur Schaffung und Aufstellung des DenkMals für den unbekanntenen Wehrmachtsdeserteur einschließlich der Zurverfügungstellung eines Standortes im öffentlichen Raum. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, schnellstmöglich die Verbindung mit der Stiftung zwecks Klärung des Standortes Petersberg aufzunehmen und das Ergebnis bis zum 4. April 95 dem Ausschuss vorzulegen." Zur Ratssitzung wurde ein Votum der Kunstkommission vorgelegt, in dem diese, ohne das Gestaltungskonzept des Künstlers zu kennen, gegen eine Aufstellung am 6. Mai plädierte. Das

Schreiben der Kommission endet mit dem unwarharen Satz, der Künstler sei zu einem Gespräch nicht bereit gewesen.

28. März

Ein weiteres Mal wendet sich die Initiative zwecks Absprachen zur organisatorischen Umsetzung des Ratsbeschlusses an die Fraktionen, die Bau-, Denkmalschutz-, Planungs- und Kulturämter. Eine Reaktion erfolgte lediglich durch die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, die erklärte, dass sie das Projekt mit Interesse verfolge, jedoch nicht zuständig sei, da sich nur die Peterskirche in ihrem Besitz befinde.

29. März

Zwischen Frau Bürgin, Vertreterin der Initiative, Frau Ritter und Herrn Sengewald, Fraktion Forum/Grüne, und Herrn Kestel, persönlicher Referent des Oberbürgermeisters, findet ein Gespräch zur Umsetzung des Ratsbeschlusses statt. Herrn Kestel wird ein Plan des vorgeschlagenen Standortes zwischen den Bastionen Philipp und Leonhard am Fuße des Petersberges übergeben. Nach Rücksprache mit dem Oberbürgermeister bestätigt dieser erstens den Standort und zweitens die Übertragung der Koordinierung an die Bauhütte Petersberg. Dazu sei ein Schreiben des Baudezernenten Herrn Wiesmeyer unterwegs.

5. April

Am 5.4. wird den UnterstützerInnen und der Kunstkommission im Beisein des Künstlers im Innenhof des Rathauses die erste Stele demonstriert. Die Initiative entscheidet sich, dem Gestaltungsprozess mehr Zeit einzuräumen und am 6. Mai eine Werkschau durchzuführen, die interessierten Menschen die Chance geben sollte, sich in die Debatte produktiv einzumischen. Die Stadt hatte in den verstrichenen sechs Wochen keinerlei Maßnahmen ergriffen.

20. April

Pressestammtisch der Stadtverwaltung im Museumskeller zum Thema DenkMal: In diesem Pressegespräch wurde zwischen Herrn Rame-low, Kulturverein Mauernbrechen (Auftraggeber) und Herrn Kaiser, Beigeordneter für Kultur, die Einigung erzielt, dass am 6. Mai die Werkschau und die endgültige Aufstellung des DenkMals am 1.9.95 erfolgen könne.

3. Mai

Nachdem geklärt war, dass es nun möglich sein werde, ohne Zeitdruck ins Gespräch zu kommen, lädt die Initiative den OB Ruge ein, an der Werkschau teilzunehmen und dort zu sprechen. Keine Antwort.

6. Mai

In Abstimmung mit dem Künstler wird der 1.9. als endgültiger Aufstellungsstermin verkündet. Der Beigeordnete für Kultur, Kaiser, beteiligt sich bei der Werkschau sehr engagiert an der Diskussion und macht eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen. Dies ging soweit, dass er sich daran beteiligte, verschiedene Möglichkeiten der Aufstellung an den Modellen auszuprobieren.

27. Juni

Die Initiative lädt OB Ruge ein, bei der Einweihung des DenkMals am 1.9. zu sprechen. Keine Antwort.

6. Juli

Schreiben des Kulturbeigeordneten Kaiser, das ein Gespräch in Aussicht stellt. Das Schreiben enthält das Gutachten der Kunstkommission, in dem diese die künstlerische Form des DenkMals ablehnt, als Anlage. Mehrere Ankündigungen, sich mit der Initiative in Verbindung zu setzen, blieben unerfüllt.

14. August

Es findet eine Begehung des Standortes Petersberg statt. Auf Grundlage eines vom Denkmalschutzamt und vom Garten- und Friedhofsamt abgezeichneten Gestaltungsplanes sichert die Bauhütte Petersberg zu, die Fundamente zur Errichtung des DenkMals bis zum 30. August fertigzustellen. Herr Keiner, Bauordnungsamt, bestätigt daraufhin, dass das DenkMal nicht baugenehmigungspflichtig sei. Über Dritte erfährt die Initiative, dass der Oberbürgermeister einen Antrag für die Ratssitzung am 30. August eingebracht hat, das DenkMal nicht am 1.9. aufstellen zu lassen.

15. August

Der Kulturausschuss folgt mehrheitlich der Empfehlung der Kunstkommission und schließt sich dem Antrag des OB an. Weder ein Mitglied der Initiative, noch der Künstler wurden gehört. Statt dessen war am gleichen Tag von Herrn Kaiser in der Frankfurter Rundschau zu lesen, Thomas Nicolai sei "kein Künstler". Der Vorsitzende der Kunstkommission, Herr Schönmann, der zur Sitzung des Kulturausschusses eingeladen war, ließ dort (und später) verlautbaren, Nicolais Werke seien "keine Kunst".

18. August

Über Dritte erfährt die Initiative, dass der Oberbürgermeister auf Veranlassung des Kulturbeigeordneten einen Baustopp erlassen hat. Mittlerweile war der Platz zwischen den Bastio-

nen Philipp und Leonhard auf dem Petersberg soweit gediehen, dass lediglich noch die Fundamente gegossen und der Platz aufgeschüttet werden mußte.

28. August

Auf Antrag der Fraktion Grüne/Forum findet eine Sonderratssitzung statt, die den durch den Oberbürgermeister verhängten Baustopp zum Gegenstand hatte. Die Mehrheit der Ratsmitglieder schloss sich dem Antrag der Fraktion an, den bereits gefällten Beschluss vom 22. März wiederherzustellen und alle Hindernisse, die der Übergabe des DenkMals am 1. September im Wege stehen könnten, auszuräumen.

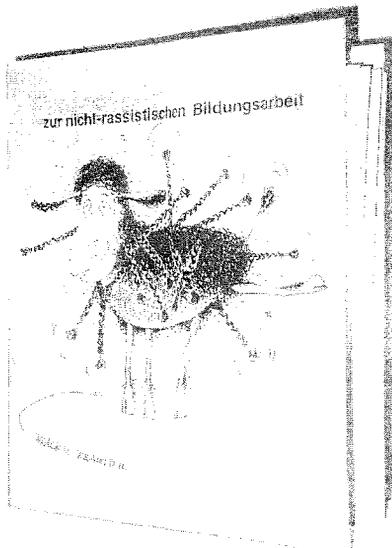
1. September

Das DenkMal für den unbekanntem Wehrmachtsseserteur wird am Fuße des Erfurter Petersberges der Öffentlichkeit übergeben.

Diese Initiative wurde unterstützt von

Ralph Giordano, Schriftsteller, Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, Wehrmachtsdeserteur; Prof. Dr. Einar Allwäter, Hochschullehrer; Udo Anding, Kinder- und Jugendanwalter; Gregor Arndt, Jugendplaner; Holger Aeserwald, Mitglied Landesverband PDS; Christine Austerl-Hoos, Postwirtin; Gertraud Bajer, WFDW; Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur; Ralf-Uwe Beck, Umweltschutzbeauftragter des Ev.-lutherischen Kirchens in Thüringen; Volker Beck, Bundestagsabgeordneter; Angelika Beer, Bundestagsabgeordnete; Bärndis 90/Die Grünen; Dr. Gerd Bergmann, WFDW; Hans-Joerg v. Bielepski, Beigeordneter Stadt Meining; Beatehold Bienen, Komitee für Geschichtskritik; Prof. Dr. Med. Gerd Biemann, Kinderarzt; Martina Bietz, Mediz.-Oliv. Ulrike Borchardt, Personalarbeitsvizepräsidentin Sparkasse Gem.-Gemez; Heike Boller, Erzieherin; Inge Bommers, Sozialarbeiterin; Bärndis 90/Die Grünen, Kreisverband Erfurt; Bärndis 90/Die Grünen, Landesverband; BürgerInnen der Geistigen Republik Olze; Hans Cibulka, Schriftsteller; CONTRASTE e.V., Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung; Dr. Christoph Dierke, Bischof der Ev. Kirche; DGB - Bildungsgruppe Thüringen e.V.; DGB - Jugend Thüringen, DGB - Landesbezirk Thüringen; Matthias Dorn, Rechtsanwältin; Ralf Dübner, Gewerkschaftsleiterin DGB; Michael Ebenau, Vorsitzender DGB - Bildungsgruppe Thüringen; Inge Ellenberger, Thüringer Ministerin für Soziales und Gesundheit; Dr. Ludwig Elm, Bundestagsabgeordneter PDS; Stephan Eschke, Bildungswerk für Friedensförderung und Jugendberuf e.V.; Hilma Fehn, Bildungspflegerin; Dr. Felke, Propt 1.R.; Jessica Fischer, Fraktionssprecher Bärndis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag; Gudrun Flachmann, Vorsitzende Lebens- und Jugendhilfen Initiative e.V.; Manque Fester, Geschäftsführerin KUNSTHAUS e.V.; Peter Franz, Planer; Matthias Freitag, Bezirksleiter GFDG Thüringen; Ralph Freytag, Aktionskreis für Frieden e.V.; Friedrich-Ebert-Stiftung; Prof. Dr. Gero Füllath, Hochschulrektor; Markus Gallander, Vize der Erfurter Jusos 1. d. SPD; Jürgen Gabriel, Nieder-Ölm; Peter Gaggel, Vorstand Deutscher in der Resistance e.V.; Klaus Godecke, Landtagsabgeordneter; Katrin Göing-Eckardt, Landesprecherin Bärndis 90; Christine Grab, Eisenach; Gust Grottel, Botschafterin o.D. in einem Jugoslawien; Werner Grub, 2. Sprecher BfA; Dr. Thomas Guse, Rechtsanwältin; Andreas Günther, Erlurt; Ulrike Hähnel, Ohne Fälschung leben; Ralf Hähnel, BfA Dieczeln-Land; Guenter Hehse, Abgabeführer; Holmut Hornmann, Erlurt; Christian Heinrich, Architekt; Hannelore Heinrich, Christliche Friedenskonferenz; Silke Helfrich, Landesjugendring; Birgit und Frank Henkel, BURD; Detlef Henschke, Vize Gewerkschaft IG Metall; Jörg Herrmann, Pastor d. Ev.-methodistischen Kirche; Just Heyder, Maler; Stefan Heym, MdB; Schriftsteller; die Hinkelbein; Geschäftsführerin Aktionskreis für Frieden e.V.; Malinke Hock, Siegelhauer; Michael Hock, Redakteur; Karl Höche, Erlurt; Dorothea Höck, StudentInnenparlament; Ulrike Hölke, Anti-fa-Forum Gießen; Klaus Höpcke, Landtagsabgeordneter PDS; Daniela Holst, Vorstand Thüringisches Umweltzentrum e.V.; Inge Hoffmann, Pädagogin; Sigurd Hoppe, stellv. Vorsitzender Aktionskreis IG Metall Eisenach; Martina Höcher, Gewerkschaft lhb; Roland Ilse, Rollstuhlaktivist; Jarno; Interessensverband WdN Thüringen e.V.; Inge Jähmann, Propt 1. Ev. Kirche; Michael Jäger, Peltlitzist; Ernst Jandl, WFDW Thüringen e.V.; Marlene Katzin, Erlurt; Michael Klein, Planer; Heinz Koch, Landesprecher Bund der Antifaschisten; Simone Koch, Eisenach; Jürgen Koppell, BAG Kritischer PolizistInnen e.V.; Dr. Christian Korb, Bärndis 90/Die Grünen; Katrin Kotzke, Gewerkschaft lhb; Wilhelm Kraft, Erlurt; Prof. Dr. Peter Krubitz, Hochschullehrer; Kreisjugendring Saale-Ölm-Kreis; Prof. Dr. Reinhold Kuhl, Hochschullehrer; Lars Kissau, Auma; Verena Kysela, Malerin; Matthias Ledebitter, Mitglied SPD-Landesverband; ÖTV; Karl Leich, Rechtsanwältin; Landesjugendring Thüringen; Karin Lennig, Stadträtin PDS Erlurt; Hans Langzeit, Buchhändler; Beate Leska, Landtagsabgeordnete PDS; Stephan Lemme, Vorsitzender Landesjugendring; Vera Langsdorf, Bundestagsabgeordnete Bärndis 90/Die Grünen; Gunter Lenz, Kneipe; Dr. Brädel Leucht, Komitee für Geschichtskritik; Herbert Lemmings, Eurogruppenrat FRD ASYL; Ulrike Liebig, BAG Kritischer PolizistInnen e.V.; Angelika Link, Bärndis 90/Die Grünen; Angelo Lucifora, stellv. Landesleiter Gewerkschaft lhb; Dr. Karl Ludwig, Stadtverordneter PDS; Herbert Lüth, Komitee für Geschichtskritik; René Machleidt, Jugendleiterin BfD; Dr. Günther Malzerbach, Bundestagsabgeordneter PDS; Holger Martin, Die radikalen - Rodewikermisstrive Berlin - Prenzlawer Berg; Dr. Malin Meiß, Dozentin Stadt Jena; Olaf Möller, Landesvorsitzender Bärndis 90/Die Grünen; Margret Mönig - Rarone, Vize, Gewerkschaft lhb, Banken, Versicherungen; Arnd Mogenath, Leiter d. Diskussionsforum in Johannes-Falk-Haus; Wolfgang Möhle, Fraktionsprecher PDS Stadtrat Erfurt; Regine Müller, Eisenach; Klaus Müller von Backe, Musiker; Wolfgang Muegenast, Erlurt; Dr. Sabine Nagel-Kreis, Waner Nagel, Kunztz; Kasten-Hannann, stellv. Landesvorsitzende PDS; Dr. Reiner Nebeling, Jena; Dr. Jürgen Neubert, Erfurt; Stephan Neuhörsen, Bun-

desverband Freie Radio; Hans-Jürgen Neumann, Ev. SchülerInnenarbeit; Cornelia Nitzan, Landtagsabgeordnete PDS; **ORNE RÜSTUNG LEBEN**, Regionalgruppe Göttinge; Robert Orszag, Geschäftsführer Industriegewerkschaft CPK Jena; Kossarante Popadopoulos, Oberstudienrätin; K. Poppenheim, IVdM; Sabine Passerina, Sozialpädagogin; Hans-Joachim Peters, Stadtrat Suhr; Susana Pfitzner, Thüringisches Umweltzeitalum e.V.; Kasim Pischwapor, Erfurt; Veronika Plicht, Erfurt; Elke Podszuch, IVdM; Ulrike Queuel, Gleichstellungsbeauftragte Eisenach; Gaiwinde Rambow, Evangelische Erwachsenenbildung Thüringen; Martin Rambow, Pflanz; Bodo Ramelow, Landesvorsitzender Gewerkschaft hlv; Lutz Rathenow, Schriftsteller; Waltra Rautschuß, 2. Sprecher BDA Erfurt; Werner Reichmann, Leiter Friedrich Ebert-Stiftung Erfurt; Gudrun Reimann, Vorstand Die Grünen Detmold; Matthias Reichl, Begegnungszentrum f. aktive Weltgeltigkeit; Susanne Rilk, RADIO FREI; Arnoth Rothe, Vorstandsvorsitzender Ev. Erwachsenenbildung Thüringen; Carsten Rose, Stadtjugendring; Marlies Rosenberger, Stadträtin PDS; Dr. Eckhard Schack, Leiter d. Erwachsenenbildungswarke d. Ev.—Luth. Kirche in Thüringen; Stefan Schornberg, Gewerkschaftssekretär IGdA; Rainer Scheibke, Erfurt; Irene Scherrer, Wendefalheim; Ilo Schneck, Bruchis 90/Die Grünen Stadtrotkeuchian Jena; Bettina Scheider, BUND; Barbara Schlegel, Gewerkschaftssekretärin GdD; Kathin Schmetz, Kreisjugendleiter Bründis 90/Die Grünen; Bruno Schneider, IVdM; Elisabeth Schott, Eisenach; Wolf-Michael Schreier, Sekretär Industriegewerkschaft CPK; Klaus Schüller, DGB-Sekretär; Christiane Schütz, Europäisches Bürgerforum; Jeanette Schulte, Sonneborn; Seiler, Landesjugendring; Matthias Semgewald, Stadtrat Erfurt Jugendwart Ev. Kirche; Barbara Senger-Jaester, Rechtsanwältin; Matthias Sick, Jena; Martin Singe, Komitee für Grundrechte und Demokratie; Dorothea Sille, Schriftstellerin; Prof. Dr. Gert Sommer, Hochschullehrer; Michael Spießmann, Landesgeschäftsführer BUND; Frank Spieth, DGB-Landeskreisvorsitzender; Jürgen Spilling, LAG Antisemitismus; Dieter Stark, Erfurt; I. Steinbrüngen, Zivildienstleiter; Kathrin Stephan, Hilder-Olin; Nicole Stephan, Nieder-Olin; Hannes Ströring, Vars. Kreisjugendring Bad Langensalza; Elke Steven, Komitee für Grundrechte und Demokratie; Beate Stüdkigt, Passau; Achim Szeban, Gewerkschaftssekretärin hlv; Rita Strube, Gewerkschaft hlv; Ernst-Martin Stülßen, DGB-Sekretär; Steffen Tippach, Bundestagsabgeordneter PDS; Ulrich Töpfer, Meinungen; Siegfried Trachl, Erfurt; Daniel Triebus, Elshain; Sieghard Vergin, Bundestagsabgeordneter SPD; Völkering, Industriegewerkschaft CPK; Karl-Haiuz Voigt, IVdM; Vol Voigt, Vars. Aktionskreis für Frieden e.V.; Günter Wagenzink, Komitee für Gleichigkeit; Anke Wagner, Großwald; Christof Wagner, Landesjugendplaner der ev.—Luth. Kirche Thüringen; Prof. Dr. Ulrich Wagner, Hochschullehrer; U. Wagner, PDS; Eckhart Walther, Arzt; Thomas Wallther, Richter; Roland Wannitschke, Personalvorsitzender Stadtverwaltung Eisenach; Mothias Weiß, Erfurt; Aaren Weisshohn, Komitee zur Unterstützung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus dem ehem. Jugoslawien; Manfred Werske, Landeskreisvorsitzender Gewerkschaft NGG; Thomas Wey, NVA-Kriegsdienstverweigerer; Gerhard Wien, Referent im Thüringer Innenministerium; Thomas Winkler, Erfurt; Jo Winter, "Gewolltes Leben"; Bernd Wittich, Dipl.—Phil.; Christ Wolf, Schriftstellerin; Prof. Dr. Siegfried Wolf, Historiker; Klaus Woggezer, Journalist; Walnut Zachhuber, Flärrerin; Udi-ne Zachlat, Gewerkschaftssekretärin hlv; Sebastian Zebe, Erfurt; Gabriela Zimmer, Landesvorsitzende PDS; Gudrun Zinner, Geschäftsführerin Gewerkschaft hlv Erfurt; Frank Zwicker, Gewerkschaftssekretär hlv und viele Andere.



Beispiel 2

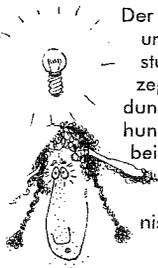
Nicht-rassistische Bildungsarbeit

Als immer deutlicher wurde, unter anderem durch die Demontage des Asylrechtes im Bundestag, dass Rassismus und Antisemitismus keine Probleme am Rande der Gesellschaft sind, sondern es in demokratischen Parteien, Gewerkschaften und bei dem "Normal"-Bürger breite rassistische Orientierungen gibt, entfachte sich in der LAG eine Debatte, mit welchen Mitteln man diese Orientierungen ändern könnte.

1992 griff das DGB-Bildungswerk Thüringen diese Problemstellung auf und begann an der Entwicklung eines Konzeptes zu arbeiten.

Der Weg hin zu dem jetzt vorliegenden Konzept wurde jedoch nach einer intensiven Debatte erst 1997 eingeschlagen.

Die zentrale Fragestellung, die sich aus dieser Debatte für das Projekt entwickelte, lautete: **Wie können wir in "Normalseminaren" - also nicht in eigenen Antirassismus-Seminaren - einen Beitrag dazu leisten, dass Rassismus nicht reproduziert, sondern abgebaut wird?**



Der Baustein baut auf vielen inhaltlichen und methodisch-didaktischen Vorleistungen Dritter auf. Es knüpft an Konzeptionen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, der interkulturellen Erziehung und der antirassistischen Projektarbeit an. In den inhaltlichen Aussagen über Charakter und Ursachen von Rassismus stützt es sich auf Ergebnisse der deutschen und europäischen Rassismus-Forschung.

Das Konzept bemüht sich, Teamerinnen und Teamern Vorschläge zur Veränderung ihrer "Normalkonzeptionen" zu unterbreiten.

Das Konzept wurde, unterstützt durch eine Projektgruppe, von Tanja Berg, Julika Bürgin, Barbara Schäuble, Thomas Rausch, Heike Spangenberg und Erik Weckel, die sich den komplizierten Anforderungen der konzeptionellen Erarbeitung stellten, erarbeitet.

Beispiel 3

Saalfeld 1997/1998

Kriminalisierung der LAG durch SPD-Innenminister, VS, und Teilen der Medien

Verharmlosung des Rassismus und Neofaschismus – Kriminalisierung des Antifaschismus

Versuche, die LAG bzw. Personen aus dem Bündnis und der mitwirkenden Initiativen zu kriminalisieren, gab es von Anfang an. So wurden bspw. Anfang der 90er Jahre antifaschistische Demonstrationen Gewaltbereitschaft unterstellt und diese mit riesigem Polizeiaufgeboten begleitet. Doch eine Kriminalisierung, die GewerkschafterInnen, junge Antifas, PDSlerInnen und junge SozialdemokratInnen zu Verfassungsfeinden stigmatisierte, gab es erst mit dem Verbot der Demonstration am 11. Oktober 1997 in Saalfeld.

Der Thüringer Herbst

Das Verbot der Demonstration gegen rechte Gewalt und rechten Konsens war ein schwarzer Tag für das grundgesetzlich garantierte Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit.

Die Allianz aus Saalfelder Bürgermeister und Landrat sowie der Lokalredaktion der Ostthüringer Zeitung und der Polizeidirektion, Verfassungsschutz und Innenministerium hat in Saalfeld ein Klima der Angst und Hysterie verbreitet. Nicht gegen die rechte Gewalt, sondern gegen Linke, AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen wurde wochenlang

gemeinschaftlich gehetzt.

Mit dem Verbot der antifaschistischen Demonstration hat am 11.10. der rechte Konsens in Thüringen einen Sieg feiern können. Trotz der Verluste - Ausheben des neonazistischen Waffenlagers - ist der Jubel der Neonazis überall zu hören und zu lesen. Bürgermeister, Landrat, Polizeichef Kick und Polizeiminister Dewes ha-



1997

Während sich in Saalfeld/Gorndorf unter Führung des Thüringer Heimatschutzes und der NPD eine "national befreite Zone" entwickelt, wird durch den Bürgermeister Beetz (CDU), den Landrat Thomas (CDU), den Innenminister Dewes (SPD), verantwortlich für den Einsatz von Nazis als VS-Spitzen, und dem Verfassungsschutz eine Hetzkampagne gegen die AntifaschistInnen entfacht, die von der Ostthüringer Allgemeinen Zeitung, der Thüringer Landeszeitung und Thüringer Allgemeinen Zeitung unterstützt wird und zum Verbot der Antifa-Demonstration führt.

Während AntifaschistInnen denunziert und kriminalisiert wurden, am 11. Oktober 1997 mehr als 300 verhaftet wurden, konnte sich die extreme Rechte im Landkreis Saalfeld entfalten.

Jedes Mittel war dem Thüringer Innenministerium recht, sogar die Kooperation mit Neonazis - siehe nächste Seite.

1998

Aufruf wörtlich genommen!

Am 26. März 1998 folgte ein 14-jähriger Rechtsorientierter dem Neonazi-Aufruf "Keine Macht den Zecken" und ermordete die 15-jährige Jana G.

Während am 28. März ca. 1.000 Menschen aus ganz Thüringen in Saalfeld dem Tod von Jana gedachten und gegen rechte Gewalt demonstrierten, setzen Politik und Medien weiter auf Verharmlosung der rechten Gefahr.

**Saalfeld
1997/1998
Rassistischer
Konsens**



Der von Medien und Politik gelegnete Neofaschismus rüstet auf!

Am 11. Oktober 1997 werden im Rahmen einer Polizeirazzia in einer Dorfkeiße in Heilsberg bei Rudolstadt (Landkreis Saalfeld) 57 Neonazis aus ganz Deutschland verhaftet. Im ersten Stock der Dorfkeiße entdeckte die Polizei ein Waffenlager. Sie stellten 52 Schlagstöcke, 19 Wehrmachtshelme, 69 Dolche und Messer, 4 Gaspistolen, 12 Polizeifunkanlagen und 28 Gasmasken sicher.

Innenminister Richard Dewes zu diesem Fund: "Der größte Fund der Polizei in meiner Amtszeit!" Doch am 13.3.1998, ein Tag vor der antifaschistischen Demonstration, an der mehr als 3.000 Menschen teilnahmen, behauptet er wieder: "Saalfeld ist keineswegs die Neonazi-Hochburg, sondern eine friedliche Stadt wie jede andere in Thüringen."

Landrat Thomas und Innenminister Dewes wurden trotz ihrer populistischen Versuche, sich dem rechten Konsens anzubiedern abgewählt, doch das Problem herrscht immer noch vor. Das Jugend- und Kulturzentrum Gomdorf ist heute noch "in den Händen" Rechtsorientierter.



ben Beihilfe geleistet.

Der gleiche Innenminister und Verfassungsschutzchef, die, wie sich Jahre später herausstellte, führende Neonazis wie Thomas Diemel und Tino Brandt finanziell unterstützt haben, lieferten den Medien und dem Ordnungsdienst die Materialien und Informationen, um eine Kriminalisierung zu ermöglichen.

Anlass und Motive

Während sich zuvor die Demonstrationen gegen den Neofaschismus richteten und der Rassismus und Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft nur am Rande eine Rolle spielten, stand es mit dem Motto "Den rechten Konsens durchbrechen!" im Zentrum des Anliegens der DemonstrantInnen.

Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 11. Oktober 97 im thüringischen Saalfeld eine antifaschistische Demonstration verboten worden, die von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und antifaschistischen Gruppen initiiert und vorbereitet wurde. Das Verbot stand de facto am Tag der Anmeldung fest. Als formale Begründung diente eine 10seitige Verbotserfügung, deren Inhalte aus der Klamottenkiste des Verfassungsschutzes stammen und an den Haaren herbeigezogen sind.

Die Mehrheitspolitik wollte mit dem Verbot verhindern, dass in der Öffentlichkeit deutlich wird, dass Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus kein Extremismus-Problem ist, sondern die Basis aus der Mitte der Gesellschaft kommt und die Mehrheitspolitik durch eine rassistische Politik und Gesetzgebung rassistische Orientierungen "füttert" bzw. sogar benutzt, um Wahlen zu gewinnen.

Die Kriminalisierung der LAG blieb jedoch relativ wirkungslos, da das Bündnis sich sogar verbreiterte und die bundesweiten Medien sich nicht zu Schreiberlingen des Innenministeriums bzw. des Landrates degradieren ließen und am 14. März 1998 sich mehr als 3.000 Menschen an der Demonstration beteiligten.

Und damit die stärkste antifaschistische und antifaschistische Demonstration in der neueren Geschichte Thüringens stattfand.

Kriminalisierungsversuche am laufenden Band ..

In den folgenden Jahren gab es erneut Versuche AntifaschistInnen zu kriminalisieren.

Beispiel: Am 11.11.2000 fand in Arnstadt eine Demonstration gegen polizeiliche Diskriminierung und Gewalt gegen AusländerInnen statt.

Rechten Konsens brechen! DEMO



GEGEN 11. Oktober 1997, 15 Uhr Bahnhof Saalfeld, Thüringen RECHTE GEWALT

Dem Anmelder Steffen Dittes, PDS-MdL und innenpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion wurde daraufhin von den Medien und dem Innenministerium unterstellt, er habe die Polizei mit den Nazis gleichgesetzt. Die CDU forderte wie so oft seine Abwahl. Es funktionierte jedoch nicht, weil sogar die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht bereit war, sich für eine solche Kampagne missbrauchen zu lassen. Im Gegenteil. Die GdP erklärte: "Vorwürfe aufklären. Am 01.12.00 fand ein Gespräch zwischen dem MdL Steffen Dittes (PDS) und dem Landesvorsitzenden der GdP, Jürgen Schlutter statt. Inhalt des Gespräches waren eine tätliche Auseinandersetzung unter Beteiligung ausländischer Mitbürger am 21.10.00 in Arnstadt und die daraus resultierende Demo am 11.11.00. An dem Gespräch nahmen weitere Mitglieder des gLBV und die betroffenen ausländischen Mitbürger teil.

Im Verlaufe des Gesprächs schilderten die Betroffenen ihre Eindrücke vom 21.10.00. Es wurden in dem Zusammenhang Vorwürfe gegen die eingesetzten Polizeibeamten erhoben, der Einsatz der Polizei sei zu spät erfolgt, die Polizei habe vor Ort Übergriffe auf einen ausländischen Mitbürger nicht verhindert, ein Beamter habe die ausländischen Mitbürger in rassistischer Art und Weise beschimpft, die Polizei habe die Lage völlig falsch beurteilt und die Opfer zu Tätern gemacht und Zeugen seien nicht gehört worden.

Diese Vorwürfe müssen zum Schutz der

Klein Verbalisierung rechter Gewalt (Klein artikulierter Aggressionen) in Saalfeld
Für die Verbot der rechtsradikalen Demonstration
Klein meldung und Rettung rechter Strukturen durch Staat und Gesellschaft
Stopp der Kriminalisierung rechtsradikaler und antifaschistischer Menschen und Maßnahmen
Für die Partei des Saalfelder Volkszorns der Jugend

Opfer, aber auch der eingesetzten Polizeibeamten rückhaltlos und vollständig aufgeklärt werden.

Im Zusammenhang mit der Demo am 11.11.00 konnte Dittes glaubhaft versichern, dass er selbst bei dieser Demo die Polizei und Rechtsradikalismus nicht gleichgesetzt habe und dies auch nicht seine Absicht gewesen sei. Einen Beweis für die erhobenen Anschuldigungen sei auch das Thüringer Innenministerium bisher schuldig geblieben. Der Vorwurf der geistigen Brandstiftung lasse sich so in Bezug auf aktives Handeln nicht aufrecht erhalten. ...

Schlutter versicherte den ausländischen Mitbürgern, die GdP werden sich für eine schnelle und umfassende Aufklärung der Vorwürfe einsetzen.

Extremismus- und Totalitarismustheorien gehören zum Handwerkszeug der Konservativen. Haben sie nun neue Anhänger?

Die Wende?

Die Kriminalisierung und Ausgrenzung von AntifaschistInnen erhält eine neue Qualität.

Die in den letzten Jahren stattgefundenen Kampagnen gegen AntifaschistInnen haben sicherlich ihre Negativwirkung gehabt, aber es hat nicht bewirken können, dass sie ausgegrenzt und isoliert werden konnten.

Doch seit dem 4.10.2001 gibt es eine andere Lage.

Für den 3. Oktober hatte Steffen Dittes für YAFAGO eine Demonstration unter dem Motto "Es gibt 1000 gute Gründe, Deutschland zu hassen!". Die Demonstration wurde verboten und wie üblich von der CDU genutzt, die Abwahl von Steffen Dittes als innenpolitischen Sprecher der PDS zu fordern. Dieser Forderung schloss sich der stellv. Fraktionsvorsitzende der PDS, Bodo Ramelow, an.



Er bot gleichzeitig bei künftigen Sachverhalten die Vermittlung und Unterstützung der GdP zur Klärung von Vorwürfen an, um insbesondere den Opfern zu helfen und eine meist politisch motivierte öffentliche Auseinandersetzung darüber zu vermeiden."

(Aus http://www.gdptueringen.de/aktuell/2000/ra_52.htm)



Was hat sich gegenüber 1997 und den folgenden Jahren geändert,

wo die PDS sich gegen jeglichen Versuch der Ausgrenzung und Kriminalisierung von AntifaschistInnen wehrte und bspw. Ramelow sich in einer Pressemitteilung vom 24.10.1997 gegen die Forderung verwehrt, den Anmelder der Saalfelder Demo zu entlassen.

"... Bei manch einem missverständlichen Fax und bei manch einer Formulierung des stellvertretenden Landesleiters, Angelo Lucifera, welches zu Fehlinterpretationen Anlass bieten könnte, bleibt festzustellen, dass es wenig dienlich ist, wenn eine Thüringer Boulevardzeitung die Entlassung unseres Mitarbeiters fordert, und die Polizei in Saalfeld die Privata-dresse und die persönlichen Daten des Kollegen selbst an "rechte Demonstranten" verteilt. ..."

(Presseerklärung von Bodo Ramelow als Landesvorsitzender (der Gewerkschaft) vom 24.10.1997)

Was hat sich gegenüber 1997 und den folgenden Jahren geändert,

dass die gleichen Menschen und Organisationen, die Positionen wie, "Wir mischen uns ein! Die UnterstützerInnen der Erfurter Erklärung rufen wir auf, mit sozialen Bewegungen, Menschenrechtsinitiativen, Gewerkschaften, Antifa- und

antirassistischen Initiativen gegenüber SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS Druck zu entfalten, damit nicht nur eine andere Regierung, sondern auch eine andere Politik kommt.

(Erfüllung des Tithonal gegen Rechts vom 8.11.97)

Was hat sich geändert?

Die Frage kann man sich nur beantworten, wenn man sich die Abläufe anschaut.

TLZ: 04.10.2001

Die PDS eiert herum

Von Hartmut Kaczmarek

Echt PDS: Ein Sprung zurück, zwei nach vorne. Aber so recht kann man sich zu keiner Haltung durchringen. Statt eines Rauswurfs von Steffen Dittes nur eine Missbilligung, die Konsequenzen muss der Geprügelte jetzt selbst ziehen. Pflaumenweich die Reaktion, wo hartes Durchgreifen, wie von Fraktionsvize Ramelow im Vorfeld in der TLZ verlangt, angebracht gewesen wäre.

Eigentlich will man sich ja doch nicht so richtig abgrenzen, ein bisschen Weh und Ach, wenn es um Klartext geht, ein wenig Verständnis, mütterlich-väterliche Fürsorge für ein politisches Enfant terrible.

Dabei hat Dittes das überhaupt nicht verdient. Er kann noch so herum eiern und noch so viel erklären: "Es gibt 1000 Gründe Deutschland zu hassen" ist ein unsägliches Motto, ein Motto, über das man nicht einmal mehr diskutieren kann. Und das nicht nur, weil die PDS überall gegen den Hass plakatiert. Sondern weil Hass kein Kriterium der Politik sein kann und darf, weil Hass immer zur Gewalt führt.

Warum sagt das die PDS nicht in aller Deutlichkeit? Dieses Motto lässt nicht nur gefährlich breiten Raum für Fehlinterpretationen, wie es Fraktionschef Werner Buse formulierte. Es ist einfach beschämend, wie von einem Landtagsabgeordneten Hass als Kategorie in die politische Auseinandersetzung eingeführt wird. Wo soll das enden?

Die PDS muss sich dabei gar nicht einmal politisch verbiegen, um Dittes die rote Karte zu zeigen. Aber ihr gestriges Gewürge beweist, wie wenig konsequent die Partei noch immer ist, wenn man Farbe bekennen muss. Und Dittes selbst? Er sollte allen einen Gefallen tun und den Landtag verlassen.

Am 4.10. geht über die Mailingliste Antira@hbv.org folgender Aufruf raus.

DRINGENDER AUFRUF!

Liebe AntiRas,

wir möchten euch bitten, das untenstehende Solidaritäts-Schreiben für Steffen Dittes zu unterzeichnen und an die PDS-Fraktion zu senden (am einfachsten per Email oder Fax). Bitte leitet den Aufruf an Freunde und Bekannte weiter, so dass eine breite "So-li-Bewegung" zustande kommt.

In der morgigen Fraktionssitzung der PDS im Thüringer Landtag soll über die Demonstration "Es gibt 1000 Gründe, Deutschland zu hassen" und deren Anmelder Steffen Dittes diskutiert werden. Kommt zahlreich, Donnerstag, 04.10., 9.00 Uhr Thüringer Landtag!

Die ErstunterzeichnerInnen

An die PDS - Thüringen
die PDS Fraktion im Thüringer Landtag
per fax: 0361/ 37724 16
per mail: pds.thl@t-online.de

Demokratische Positionen verteidigen Solidaritätserklärung mit Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion Thüringen

Für den 2. Oktober 2001 wurde in Erfurt eine Demonstration unter dem Motto "Es gibt 1000 Gründe Deutschland zu hassen" angemeldet. Sowohl das Anliegen der Demonstration, auf Rassismus und Nationalismus als gesellschaftliche Missstände in der BRD am Vorabend zum 3. Oktober hinzuweisen, als auch der Anmelder Steffen Dittes waren in den vergangenen Wochen politischen Diffamierungen ausgesetzt.

Vorgeschichte war, dass sich der Erfurter Oberbürgermeister Ruge gegen ein "Fest der Einheit der Menschen" am 3. Oktober mit der Begründung ausgesprochen hatte, es handele sich um einen Feiertag der Deutschen.

Die Demonstration wurde am 01.10. gegen 20 Uhr inklusive aller Ersatzveranstaltungen auch in geschlossenen Räumen verboten. Das Verbot wurde mit einem massiven Polizeiaufgebot, zahlreichen Platzverweisen, Ingewahrnahmen und der angeordneten Durchsuchung eines linken Treffpunktes durchgesetzt.

Wir betrachten das Verbot und die Art und Weise seiner Durchsetzung als eklatanten und unzulässigen Eingriff in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir sehen das Verbot im Zusammenhang mit den antidemokratischen und sicherheitspolitischen Verschärfungen nach den terroristischen Anschlägen in den USA. Wie im deutschen Herbst 1977 wird die Angst vieler Menschen instrumentalisiert, um Verschärfungen durchzusetzen, kritische Stimmen zum Schweigen zu

bringen und den Anpassungsdruck auf alle oppositionellen Positionen zu erhöhen.

In vorausgehendem Gehorsam gehört die PDS zu den ersten, die sich öffentlich von Steffen Dittes distanzieren. Sie verleugnen damit ihre bis dato geübte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Hier sollen politische Positionen und ein kritischer Politiker geopfert werden. Das Eintreten gegen soziale Ungleichheiten, Rassismus, Nationalismus und Militarismus, für das Steffen Dittes stellvertretend für die PDS als innenpolitischer Sprecher steht, ist für uns als Aktive aus Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen immer wieder Grundlage einer Zusammenarbeit gewesen.

Wir fordern die PDS auf, zu ihren gesellschaftskritischen Positionen zurückzukehren und gemeinsam mit ihrem innenpolitischen Sprecher Steffen Dittes und uns für eine demokratische Gesellschaft zu arbeiten, der das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist.

ErstunterzeichnerInnen:

Julika Bürgin, Christoph Ellinghaus (Jugendbildungsreferent IG Metall), Gunter Heiss (Verein gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Eisenach), Angelo Lucifero (stellv. Landesvorsitzender ver.di), Michael Ebenau, Peter Bescherer (Antifaschistische Hochschulgruppe Jena)

Viele Menschen reagierten auf diese Protestmail, darunter auch, wie z.B. Gert Julius, Bezirksverordneter und Mitglied des Landesvorstandes des Landesverband Berlin, viele PDSlerInnen.

04.10.2001 OTZ:

Störfaktor Linksaußen

Steffen Dittes hat den Bogen überspannt. Der PDS-Landtagsabgeordnete

kennt nicht nur tausend Gründe, um Deutschland zu hassen, er steht auch öffentlich dazu. Das gefällt den Genossen nicht. Besser: Nicht mehr.

Als Dittes vor Jahren den Wehr- und den alternativen Zivildienst gleich mit verweigerte, fand die PDS das noch in Ordnung. Man dient nicht in imperialistischen Armeen. Aber der Arnstädter Jung-Genosse spielte weiter auf Linksaußen. War bei jeder Autonomen-Demo dabei, schubste sich mit Polizisten herum und wurde auch noch vom Amtsgericht Arnstadt verurteilt. Im Landtag ist Dittes das rote Tuch schlechthin. Einschließlich für die SPD. Denn "mit solchen" kann keiner koalieren.

Und weil das Modell Rot-Rot auch in Thüringen 2004 Wirklichkeit werden soll, beginnt Dittes arg zu stören. Dabei geht es innerhalb der PDS weniger um seine Person. Er steht vielmehr für einen Richtungsstreit, den die Sozialisten immer noch vor sich haben.

Deutschland "hassen" ist nicht, wie Dittes meint, der Kontrapunkt zum konservativen stolz sein auf Deutschland. Das Gegenteil zum Stolz ist Scham, und Hass ist das Gegenteil von Liebe. War es nicht die PDS-Bundesvorsitzende Gabi Zimmer, die von Liebe zu ihrer deutschen Heimat sprach? Sie gilt inzwischen als Fehlbesetzung. -pa-

TA 5.10.2001

Strategischer Nutzwert

LANDTAG. Wie wählen ordentliche Sozialisten einen unliebsamen Mitgenossen ab, ohne ihn abzuwählen?

Etwa so: "Die PDS-Fraktion fühlt sich nicht mehr mehrheitlich in ihrer Vielfältigkeit und in der notwendigen Breite von ihrem innenpolitischen Sprecher vertreten." 13 Abgeordnete stimmten gestern dieser verurteilten Exekution zu, nur Roland Hahnemann und Heide Wildauer votierten dagegen.

Das konnte der Delinquent, Steffen Dittes, nicht falsch verstehen. Er verließ die Fraktionssitzung und erklärte, dass er dies als das nehme, was es sei, nämlich seine Abwahl als Sprecher. Und weil ihn der Fraktionschef Werner Buse gefragt habe, ob er überhaupt in der Fraktion noch arbeiten wolle, da er sie doch ständig brüskiere, "werde ich mir auch das überlegen". Die jüngste Brüskierung, die Buse meinte, datiert von dieser Woche.

Dittes hatte eine Demonstration für eine anarchistische Truppe angemeldet, unter dem Titel "Es gibt 1000 gute Gründe, Deutschland zu hassen". Seine Partei zeigte sich maximal entsetzt und manch lokaler Verband forderte reflexartig den Ausschluss.

Auch als die Demonstration verboten wurde und Dittes auf einen Einspruch verzichtete - es half ihm nichts mehr. Der 28-jährige Abgeordnete hat seinen strategischen Nutzwert als Linksaußen mit Zottelbart und Schlabbierpulli aufgebraucht. Seit langem war er der Parteispitze nur noch lästig. Denn wer ab 2004 mitreden will, kann keinen gebrauchen, der Veranstaltungen organisiert, auf denen Nazis in die Nähe von Nazis gerückt werden und dessen Immunität aufgehoben wurde, weil er seine Freunde mit dem Fraktionsbus zum Castor-Protest chauffierte.

Und die PDS benötigt auch niemanden, der sie ständig auf ihr Wahlprogramm stupst. Als Dittes etwa bei der Landtagsdebatte zum Verfassungsschutz die SPD der Abmeierei, weil sie, im Gegensatz zur PDS, nicht den Geheimdienst abschaffen will, wurde er parteiintern zur Ordnung gerufen. Wenn er noch öfter die Sozialdemokraten derartig angehe, hieß es, sei eine Parteinenschaft gefährdet.

Somit war es nur konsequent, dass die PDS gestern Mittag ihren renitenten Abgeordneten auf dem Altar einer rot-roten Koalition opferte. Die von der PDS einer erschöpften Volksvertreterin begabene sich anschließend in ein Erfurter Hotel zur lang geplanten Klausur. Dort soll mit Rollenspielen unter psychologischen Aufsicht das Fraktionsklima aufge bessert werden. Ohne Dittes.

Martin DEBES

... daß seitens der CDU und Teilener der SPD eine solche Tonlage gegen linke AntifaschistInnen "gepflegt" wird, daran hatten wir uns gewöhnt. Aber nun von PDLerInnen ...

Junge Welt 10. Oktober 2001

Angelo Lucifero

Der Fall Dittes: PDS auf dem Weg zur Mitte?

Angelo Lucifero ist stellvertretender thüringischer Landesleiter der Gewerkschaft ver.di und Sprecher der LAG Antifaschismus/Antirassismus

Interview: Matthias Pfeiffer

F: Sie haben kürzlich einen Solidaritätsaufruf für den innenpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Steffen Dittes, unterzeichnet. Was hat ein Gewerkschafter mit den internen Querelen der PDS Thüringen zu tun?

Die internen Querelen der PDS sind mir gleichgültig und werden für mich immer unbedeutender, je mehr die PDS sich auf den Wettbewerb um die Mitte einlässt. Aber es geht bei der Demontage von Steffen Dittes nicht um interne Querelen, sondern um den Versuch, mit seiner Person politische Inhalte zu demontieren, die der Koalition zwischen PDS und SPD im Wege stehen könnten.

F: Worum geht es in Ihrem Aufruf genau?

Ich habe die PDS Thüringen trotz vieler Widersprüche häufig als eine Partei erlebt, die sich für Minderheiten und Demokratie einsetzt. Gerade deswegen muß verhindert werden, dass sie sich mit der Demontage von Dittes von diesem Standpunkt verabschiedet. Das Recht zu demonstrieren muß gewahrt bleiben, auch unter dem Motto »Es gibt 1000 Gründe, Deutschland zu hass«.

Wenn man zulässt, dass sich die PDS von diesem Grundsatz verabschiedet, akzeptiert man, dass sie sich einreißt in ein Demokratieverständnis, das nur nach »oben« schaut und sich dem Populismus beugt. Mit diesem Verhalten verleugnet die PDS ihre bis dato geäußerte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Hier sollen politische Positionen und ein kritischer Politiker geopfert werden zugunsten einer zukünftigen Koalition mit der SPD, die Steffen Dittes schon immer als Hindernis benannte. Sein Eintreten gegen soziale Ungleichheiten, Rassismus, Nationalismus und Militarismus ist für mich als aktiver Gewerkschafter und Antirassist die Grundlage einer Zusammenarbeit gewesen. Dittes stand dabei als innenpolitischer Sprecher bisher auch stellvertretend für die PDS.

F: In Thüringen wird Dittes als Enfant terrible bezeichnet. Es heißt, das Problem an ihm sei, dass er die Annäherung der PDS an die SPD behindert. Stimmt das?

Richtig. Er steht wie einige andere MdLs für eine Politik, die sich nicht populistisch daran orientiert, regierungsfähig zu werden, sondern nach den Inhalten fragt. Eine Erbschaft des SPD-Innenministers ist die Förderung des Neofaschismus durch den Thüringer Verfassungsschutz. Dittes hat im Gegensatz zu vielen seiner Genossen dies nicht vergessen. Zwar steht die Forderung nach der Auflösung des Verfassungsschutzes im PDS-Programm - aber genau das ist nicht koalitionsfähig. Genauso wenig, wie den Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, in der Politik der Bundesregierung und in Teilen der SPD, zum Thema zu machen.

Die Antworten

Die Antwort auf das Interview in der JW ließ nicht lange auf sich warten. Doch Sie kam anders als erwartet. Nicht auf einer sachlichen Ebene, sondern in einer personifizierenden, beleidigenden und kriminalisierenden Art und Weise, die man bisher in dieser Schärfe noch nicht einmal vom Verfassungsschutz in der Auseinandersetzung um die Saalfelder Demonstration 1997/1998 erleben konnte. Das was sich in der Fraktionsdebatte am 4.10. bei der "Abwahl" von Steffen Dittes als innenpolitischen Sprecher der PDS-Fraktion abzeich-

nete, trat daraufhin in potenziert Form über Verleumdungen in den Medien und Anschreiben an die Gewerkschaften und der Arbeitsgruppe der PDS "Betrieb & Gewerkschaften" auf.

Da sich die Mehrheit der Thüringer PDS-Fraktion bis dato nicht von dieser Vorgehensweise distanziert hat, ist davon auszugehen, dass Bodo Ramelow im Sinne der Fraktionsmehrheit gehandelt hat.

Schmutzkampagne wird in Gang gesetzt

Am 16.10. ging von der PDS-Landtagsfraktion ein Schreiben an die Landesleiterin der Gewerkschaft ver.di raus, in dem de facto die Kündigung des stellvertretenden Landesleiters von ver.di, Angelo Lucifero, gefordert wurde.

Dieser Brief ging auch an die Presse. Parallel wurde der DGB-Landesbezirk Thüringen und die anderen Gewerkschaften angeschrieben und weitere Personen, wie z.B. Julika Bürgin, DGB-Bildungswerk, denunziert.

Doch damit nicht genug.

Am 18.10. veröffentlichte das "Neue Deutschland" eine weitere Verschärfung. Wie die TLZ hat auch das ND von Angelo Lucifero keine Stellungnahme eingeholt.

16.10.2001

16.10.2001

"Die Mehrheit empfindet wie ich"

Von Gelinde Sommer und Hartmut Kazemack

Weimar. (tlz) Wer den PDS-Fraktionsvize kennt, der kennt auch "die gelbe Hand". Den Sticker trägt Bodo Ramelow seit Jahren am linken Revers. Lange schon bevor er nach Thüringen kam, hat er sich dem einstigen Kirchentagsmotto "Gegen Hass und Gewalt" geschrieben. Die "gelbe Hand" ist für Ramelow nicht nur ein äußeres Zeichen, das er - als er noch Chef der Thüringer Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv) war - "viel hundertfach vertriebe" hat. Auch seine beiden Söhne hat er in diesem Geist erzogen. Einen ganz anderen Geist verkörpert Steffen Dittes, ebenfalls PDS-Landtagsabgeordneter. Dieser wollte eine Hass-Demo anmelden. Schlimmer noch: Ramelows Nachfolger im Gewerkschaftsamt, Angelo Lucifero, steht zu Dittes und "hat die Kraft nicht, hier für Klarheit zu sorgen, ob es um eine demokratisch erneuerte Gesellschaft geht oder um etwas anderes." Er sehe da "ein Potenzial, das ich nicht verstehe", erklärte Ramelow im TLZ-Gespräch zu dieser unheiligen Allianz.

Dittes wollte eine Demonstration unter dem Motto "Es gibt 1000 gute Gründe, Deutschland zu hassen" anmelden, ist damit gescheitert, hat darüber seinen innenpolitischen Sprecherposten verloren und steht inzwischen auch in der angesichts dieses Vorgangs geschollenen Fraktion am Rand. Für Ramelow ist die dadurch sichtbar gewordene Entwicklung in der Partei aber auch ein gutes Zeichen: "Die Fraktion ist auf dem Weg, sich nicht mehr von einer kleinen radikalen Minderheit dominieren zu lassen", sagt er im TLZ-Gespräch. Dass die Fraktion in diesem offenkundigen Klärungsprozess allerdings "qualend" und durchaus nicht geschickt agierte, räumt er ein. Dittes - dem er Wege eröffnet haben will - nennt er inzwischen "bockbeinig und klein". Die "gelbe Hand" gegen Hass und Gewalt ist es, die ihn von Dittes trennt. Dieser hätte deutliche Worte selber finden sollen; das tat er nicht. Nun solle er wohl zum "Helden und Märtyrer" stilisiert werden, dabei begleiteten ihn "falsch verstandene Solidaritätsbemühungen" von Angelo Lucifero, jenem Gewerkschafter, in dem sich Ramelow inzwischen schwer getäuscht zu haben glaubt. Dass Lucifero zwar selbst die Demo nicht habe anmelden wollen, nun aber die Dittes-Kritiker massiv angreife, nennt Ramelow "schizophrenes Verhalten" und "blanke Provokation". In seinem Schreiben an die Einzelgewerkschaft betont Ramelow auch, dass sich Lucifero "in die innere Angelegenheit der PDS-Landtagsfraktion auf sehr unangenehme Art" einmische. Ramelow fragt sich, ob bei Lucifero Meinungsfreiheit nur gilt, "wenn man die exakt gleiche Meinung wie er hat!"

Das Gute im Schlechten: In der PDS-Fraktion wurden nach Ramelows Ansicht offensichtlich neue Grenzen gesetzt. Und dabei hat sich aus seiner Sicht auch ergeben: "Die Mehrheit empfindet wie ich". Klar sei: "Hass und Gewalt ist der falsche Weg". zurück

WIKIKATEGORIEN

- ☐ Nachrichten
- ☐ Thema des Tages
- ☐ Sport
- ☐ Sporttabellen
- ☐ Tippspiel
- ☐ Börse
- ☐ Wetter

WIKIKATEGORIEN

- ☐ Lokales
- ☐ Exklusiv
- ☐ Kommentare
- ☐ Thüringen
- ☐ Wirtschaft
- ☐ Sport Regional
- ☐ Kultur

TLZ-SERIES

- ☐ Treffpunkt
- ☐ Aktionen

16.10.2001

PDS rückt von Radikalen ab

Erfurt. (tlz/ger) Die Thüringer PDS befindet sich mitten im Klärungsprozess, zu dem nicht zuletzt der Eklat um die Hass-Demonstration von Steffen Dittes den letzten Anstoß gegeben hatte. Die Fraktion könne sich auf ihrem weiteren Weg nicht von einer kleinen radikalen Minderheit dominieren lassen, erklärte PDS-Fraktionsvize Bodo Ramelow im TLZ-Gespräch. Das Motto "Es gibt 1000 gute Gründe, Deutschland zu hassen" hat zu einer scharfen Distanzierung geführt, die weitere Konsequenzen haben wird. Ramelow tritt seit Jahren "Gegen Hass und Gewalt" an, trägt als sichtbares Zeichen dafür "die gelbe Hand gegen Rassismus" am Revers.

Konsequenzen macht Ramelow in einem Schreiben an die Einzelgewerkschaften deutlich: Er sei "nicht gewillt, kommentarlos hinzunehmen", wie sich Angelo Lucifero (verdi) in der Gewalt-Frage verhält. Lucifero habe selbst eingeräumt, dass er die Demonstration nicht anmelden wollte, greife nun aber massiv jene an, "die sich gegen ein solch falsches Motto zur Wehr setzen". Ramelow empfindet dieses "schizophrene Verhalten als blanke Provokation" seines Nachfolgers auf dem Gewerkschaftsposten.

"Er ist für mich einer der größten Mutanten. Anwalt der RAF, ein Urgestein der Grünen, und auf einmal macht er eine Politik, dagegen ist Edmund Stoiber ein Charmeur."

Natalia Wörner,
SchauspielerIn

Nach der Meldung im ND reagiert Angelo Lucifero am 19.10.01 mit einem offenen Brief, der auch an die Medien geht.

Offener Brief

Sehr geehrter Herr
Ramelow,

vielleicht ist es doch richtig, dass Macht den Charakter verdirbt. Wie groß muß die Verlockung sein, dem Katzenfisch der Politik zu entkommen, um fast alle Überzeugungen aufzugeben und die Wahrheit zu verbiegen.

Ich widerstehe der Versuchung, Ihnen in der vergangenen Woche in Reihe veröffentlichten Traktaten argumentativ entgegen zu treten. Ich kenne Sie lange genug, um zu wissen, dass Sie nicht aus Unkenntnis Unwahrheiten geschrieben haben. Gegen Ihr Motiv kann ich indes nichts ausrichten. Sie wollen aus dem Weg räumen, was innerfraktionell und außerfraktionell koalitionsgefährdend sein könnte. Instinktiver personalisieren Sie politische Konflikte, verbinden Sie mit unmissverständlichen Forderungen nach disziplinarischen Maßnahmen und schaffen damit zu Ihren Gunsten ein Klima der Einschüchterung, gegen das Sie in früheren Zeiten eingetreten sind. Sie haben die Mechanismen der Denunziation als Betroffener kennen gelernt, um sie heute zu beherrschen. Sie scheuen sich nicht, die krudesten Verschwörungstheorien zu aktivieren.

Nicht alles hat sich geändert. Als Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung wollten Sie, dass „Kohl weg muß“ und jetzt wollen Sie „in Thüringen den schwarzen Filz durchbrechen“. Das unterschied uns schon immer: Filz, Disziplinierung, Einschüchterung, Lüge und Denunziation sind nicht schlecht, weil sie schwarz sind und nicht gut, wenn sie „rot“ sind.

Hochachtungsvoll
Angelo Lucifero

PDS Kein Raum für Hass

Solidaritätsadresse für Dittes wird zum Zankapfel

Von Peter Liebers, Erfurt

Der Thüringer PDS-Landtagsabgeordnete Steffen Dittes hat eine Demonstration angemeldet, mit der zum Hass auf Deutschland aufgerufen wird. Eine Solidaritätsadresse von ver.di-Landesvize Angelo Lucifero ist zu einem Zankapfel zwischen Gewerkschaften und PDS-Fraktion geworden.

Er verahre sich dagegen, dass mit seinen Beitragsgeldern Kampagnen gegen die PDS-Fraktion und ihn persönlich finanziert werden, sagte PDS-Fraktionsvize Bodo Ramelow. Angelo Lucifero habe seine Solidaritäts-E-Mail über das Kommunikationsnetz der Gewerkschaft HBV versandt, deren Landeschef er bis 1999 war und der er weiter angehört. Deshalb habe er sich bei der Gewerkschaft offiziell beschwert.

Lucifero warf er vor, mit gespaltenen Zunge zu sprechen, da er sich in einer PDS-Fraktionsitzung klar von dem Demonstrationstext distanziert und erklärt hatte, er sei nicht bereit gewesen, sie unter diesem Motto anzumelden. Nun greife er die PDS-Fraktion für eine Haltung an, die er zuvor selbst bezogen habe. Als gewerkschaftspolitischen Sprecher verwundere es ihn, das sich Vertreter des DGB und seiner Gliederungen so klar und eindeutig zum Verhalten von Dittes bekennen und vorgeben, als »aktive Gewerkschafter« die Fraktion rügen zu müssen,

schreibt Ramelow in einem Offenen Brief an die PDS-Arbeitsgemeinschaft »Betrieb und Gewerkschaft«.

Lucifero hatte der PDS vorausseilenden Gehorsam und die Aufgabe ihrer bis dato geäußerten Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen vorgeworfen. Das Hass-Motiv lasse viele gefährliche Interpretationsmöglichkeiten zu, die letztlich auch Eingang in die Medien gefunden haben, betonte Ramelow. Das alles sei Dittes im Vorfeld deutlich gesagt worden, auch, dass dieses Motto Rückwirkungen auf die Fraktion haben werde. Von Gewerkschaftern, mit denen er bisher gut zusammengearbeitet habe, werde er plötzlich geschnitten, sagte Ramelow.

Bodo Ramelow bezeichnet Lucifero daher als Provokateur, der versuche, die PDS zu spalten. In PDS-Kreisen wird inzwischen sogar die Vermutung geäußert, die Gruppe um Lucifero sei möglicherweise vom Verfassungsschutz unterwandert, um sie gegen die PDS zu instrumentalisieren. Nach Ramelows Darstellung gab es bereits in der Vergangenheit heftige Auseinandersetzungen zwischen ihm und Lucifero, die er aber nie an die Öffentlichkeit getragen habe. So sei ihm beispielsweise nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge von Lucifero gesagt worden, dieser werde ihm nie mehr die Hand geben, weil er im Landtag einer Erklärung aller drei Fraktionen gegen extremistische Gewalt zugestimmt hatte. Jetzt will Ramelow seine Zurückhaltung aufgeben und dem offenen Schlagabtausch nicht mehr aus dem Wege gehen.

Ramelows Antwort im MDR 1 Radio Thüringen

Ramelow erhebt Vorwürfe gegen Lucifero

PDS-Fraktionsvize Bodo Ramelow hat schwere Vorwürfe gegen den Thüringer ver.di-Vize Angelo Lucifero erhoben. Ramelow sagte MDR 1 RADIO Thüringen, Lucifero missbrauche offenbar sein Amt für private Interessen. So habe Lucifero von den Gewerkschaftscomputern eine E-mail-Kampagne gegen die PDS-Landtagsfraktion und ihn selbst gestartet. Darin werde der Fraktion unter anderem vorgeworfen, sich von PDS-Zielen zu entfernen. Hintergrund ist die Haltung der Fraktion zur so genannten Hass-Demo in Erfurt. Die PDS hatte ihren Abgeordneten Steffen Dittes aufgefordert, sich eindeutig von dem Aufruf zu distanzieren. Weil Dittes nicht nachkam, musste er sein Amt als innenpolitischer Sprecher abgeben. Ver.di Vize Lucifero hatte sich daraufhin mit Dittes solidarisiert und der PDS-Landtagsfraktion "Machtbesoffenheit" vorgeworfen.

Ende einer Beziehung

Schlamm Schlacht: Bodo Ramelow gegen Angelo Lucifero

Als sich mit diesem Artikel in der Thüringer Allgemeinen (24.10.01) und der Meldung über das MDR 1 Radio Thüringen (23.10.01) abzeichnet, dass Ramelow die mediale Denunziationsaktion weiterführt, geht Lucifero auf Ramelows Schreiben vom 16.10. ein.

Angelo Luciferos Antwort vom 24.10.01

Sehr geehrter Herr Ramelow,

mit meinem „offenen Brief“ 19.10. habe ich versucht, mich nicht auf Ihr Niveau einzulassen. Da ich aber nun erfahren durfte, dass Sie den Brief vom 16.10.01 an Claudia Rühlemann und an die Presse weitergegeben haben und obendrein weitere KollegInnen mit Ihrer Kampagne beschmutzen, sehe ich keine andere Möglichkeit, als auf Ihre niveaulosen Denunziationen, die nichts anderes sind als die Widerspiegelung des bekannten Narzissmus und Machthörigkeit, einzugehen.

Sie können zufrieden sein, dass die gleichen Medien, die sich in der Vergangenheit an Kampagnen der CDU und des Innenministeriums auch gegen Sie beteiligten, sich nun zu Ihrem „Instrument“ machen lassen. Ich korrigiere meine Aussage „vielleicht ist es doch richtig, dass Macht den Charakter verdirbt.“ Es ist bei Ihnen kein Vielleicht.

Wohin Sie wollen, beweisen Sie in TLZ Interview vom

19.10.01. Damit haben Sie sich nicht von Ihren antifaschistischen und antirassistischen, sondern von allen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen, Positionen verabschiedet.

Wer das denken nicht attackieren kann, attackiert die Denkenden. Das ist Ihr neuer Beruf!

Ramelows Schreiben vom 16.10.

„Liebe Kollegin Rühlemann, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als ver.di-Mitglied möchte ich mich hiermit formell und nachdrücklich beschweren ...“

Luciferos Antwort: Sie haben in diesem Schreiben, das ich in der üblichen Fairness nur zufällig zu sehen bekommen habe, eins vergessen, nämlich die Forderung nach meiner Entlassung auszusprechen, nichts anderes steckt hinter diesem Schreiben, auch offen auszusprechen.

ERFURT. Es scheint sie doch nicht zu geben, die wahre Männerfreundschaft. Nachdem die Welt bereits durch Schröder / Lafontaine und Kohl / Schäuble desillusioniert wurde, ist nun auch Thüringen betroffen. Bodo Ramelow und Angelo Lucifero können sich nicht mehr leiden. Er habe derzeit „wenig Neigung“, schrieb Ramelow an die Gewerkschaft ver.di, „eine Geschäftsstelle zu betreten, in der ich gezwungen wäre, auf A. Lucifero zu treffen“.

Bis 1999 hatten beide eine gemeinsame Geschäftsstelle. Ramelow war Landeschef der Gewerkschaft hbv, Lucifero sein Vertreter. Sie kümmerten sich nicht nur um Handel, Banken und Versicherungen, sondern

auch um die Rettung der Welt. Während Ramelow gemäßigte Zirkel wie den der „Erfurter Erklärung“ bevorzugte, sah Lucifero seine Berufung am linken Rand. Dass er dafür Infrastruktur der Gewerkschaft nutzte und sich mit Leuten umgab, die das Grundgesetz nicht zur Standardlektüre zählen, störte keinen. Auch Ramelow nicht.

Bis es in der vergangenen Woche einen offenen Brief Luciferos an den jetzigen PDS-Fraktionsvize Ramelow gab, der mit dem Satz beginnt: „Vielleicht ist es doch richtig, dass Macht den Charakter verdirbt.“ Seitdem benehmen sich beide wie ein Ehepaar in Scheidung bei der Klärung der Schuldfrage.

Anlass des aktuellen Streits ist die bekannte Hass-Demonstra-

tion von Steffen Dittes (PDS), die beide unterschiedlich bewerten. Aber dabei stellt sich heraus, dass es die angebliche Freundschaft beider nie gegeben hat. Sie haben nur den Mund gehalten.

Da dieser Zustand nun vorbei ist, werfen sie sich gegenseitig ihre Karrieren vor. Ex-Gewerkschafter Ramelow erzählt, was Gewerkschafter Lucifero für ein üppiges Gehalt bezieht. Lucifero fürchtet, Ramelow wolle nur Minister werden. Egal, wie.

Zufällig findet das alles statt, wenn die PDS einen Fraktionschef sucht. Aussichtsreichster Kandidat ist Bodo Ramelow. Oder es wird einer, der doch lieber seinen Mund hält.

Eberhardt PFEIFFER

Sie haben offensichtlich vergessen, wer auch Sie in der „Welt“ und „Bild“ als Unterstützer von gewaltbereiten Autonomen diffamiert hat.

„... über das Verhalten des stellvertretenden Landesleiters A. Lucifero. Als langjähriges Mitglied glaube ich, einen Anspruch darauf zu haben, von einem anderen ver.di-Mitglied in seiner Eigenschaft als hauptamtlicher ver.di-Beschäftigter korrekt und fair behandelt zu werden. ...“

Luciferos Antwort: Fairness zu verlangen und selbst von einer Person, nämlich meine Wenigkeit, die bei allem Widerspruch zu der Haltung in der Auseinandersetzung um Steffen Dittes, den Namen Ramelow nirgendwo öffentlich belastet hat, wenn man selbst in den Medien „Lucifero ... schizophrenes Verhalten und blanke Provokation“ vorwirft, ist blanke Demagogie. Darüber hinaus frage ich Sie, gibt es wertvolle und wertlose ver.di-Mitglieder? Dittes ist auch Ihres Wissens ver.di-Mitglied. Muss ich ihn weniger respektieren, weil er mehr Beitrag bezahlt? Ein hauptamtliches Gewerkschaftsmitglied muss ein ver.di-Mitglied fair behandeln. Richtig! Aber ein PDSler, der in ver.di ist, darf ein anderes ver.di-Mitglied in die gewaltbereite Ecke drücken. Ist das Ihre Logik?

„... Ehrabschneidende Unterstellungen und verdrehte Mutmaßungen führen in ihrer Wirkung dazu, dass ich mich auch und gerade in meiner Eigenschaft als gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag von dem stellvertretenden Landesleiter ver.di Thüringen A. Lucifero auf unzulässige Art angegriffen und in meiner Arbeit herabgesetzt fühle. ...“

Luciferos Antwort: Seit wann dürfen GewerkschaftlerInnen gewerkschaftspolitische Sprecher einer Partei nicht kritisieren? Ist das ein Gewerkschaftsmandat?

Ich habe Sie persönlich nirgendwo angegriffen, sondern die Vorgehensweise und Argumentation gegen Dittes, aber genau

diese Trennung ist Ihnen schon immer fremd gewesen.

Kommentiert

Ohne Noblesse

Von Ullrich Erzigkeit

Die vornehme Gewerkschaft HBV hat in Thüringen ihre Noblesse längst verloren. Nicht durch ihre Mitglieder. So arrogant wie hemdsärmelige Berufsfunktionäre haben das bewirkt. Deren verbohrene Ideologie am äußersten Rand von dem, was sie als links verstehen, und ein fundamentalistischer Alleinvertretungsanspruch auf die Wahrheit haben nicht nur moderate und tolerante linke und sozial eingestellte Politiker und andere potentielle Partner verprellt, sondern jetzt auch gewerkschaftsintern Ärger provoziert.

Die Gewerkschaftsschwester ÖTV jedenfalls ist in Rage. So sehr, daß sie nicht die Debatte zur DGB-Landeskonferenz abwarten wollte, um ihre Meinung zu grundsätzlichen Zielen der HBV zu sagen. Stein des Anstoßes ist ein HBV-Antrag an die Konferenz, in dem die ÖTV den Versuch sieht, den Thüringer DGB für eine bestimmte politische Richtung zu instrumentalisieren. Das Grundsatzzpapier mit seinen auf Polarisierung angelegten Thesen und einer peinlich plumpen Schwarz-Weiß-Darstellung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit trägt offensichtlich die Handschrift des Fanatikers Angelo Lucifero, bei der sich der Sozialdemokrat Richard Dewes schon einmal an die militärischen Klassenkampfpapieren der 20er Jahre erinnern fühlte.

„Die Welt“ 12. März 1998

stell?

In dem Solidaritätsaufruf hieß es weiter: „Die Demonstration wurde am 01.10 um 20 Uhr inklusive aller Ersatzveranstaltungen verboten. Das Verbot wurde mit einem massiven Polizeiaufgebot, zahlreichen Platzverweisen, Ingewahrsamnahmen und einer angeordneten Durchsuchung eines linken Treffpunktes durchgesetzt.“

Ich war an dem Abend nicht dabei. Aber selbst Polizisten haben mir erzählt, dass es so gelaufen ist. Was ist also daran falsch?

In dem Solidaritätsaufruf hieß es: „Wir betrachten das Verbot und die Art und Weise seiner Durchsetzung eklatanten und unzulässigen Eingriff in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir sehen das Verbot im Zusammenhang mit den antidemokratischen und sicherheitspolitischen Verschärfungen nach den terroristischen Anschlägen in den USA. Wie im deutschen Herbst 1977 wird die Angst vieler Menschen instrumentalisiert, um Verschärfungen

„... Als PDS-Fraktionsmitglied im Thüringer Landtag habe ich mich schon im September in einer Fraktionsitzung scharf von einem Demonstrationsmotto distanziert, welches ich nachhaltig falsch finde. Die hbv Thüringen hat viele Jahre lang gelbe Hände in den Umlauf gebracht, auf denen das Motto „Gegen Hass und Gewalt“ stand und ich persönlich trage seit vielen Jahren diesen Sticker, welchen ich nur ursprünglich auf dem Kirchentag besorgt habe. ...“

Luciferos Antwort: Schlechtes Gedächtnis. Die „gelben Hände“ mit der Aufschrift „Mach meinen Kumpel nicht an! Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ hat die hbv-Thüringen schon seit Anfang der 90er Jahre verteilt. Die ersten stammen von der hbv-Jugend Bayern, nämlich von meiner Wenigkeit besorgt. Damals hatten wir einen Konsens, dass Gewalt und Hass etwas Schlimmes ist, dass aber rassistisch motivierter Hass und Gewalt eine andere und gefährlichere Dimension für die Gesellschaft und daher das Motto „Gegen Hass und Gewalt“ eine Verharmlosung der Bedrohung in dieser Gesellschaft ist.

„... Wenn jetzt ein Abgeordneter, der gleichzeitig auch innenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion ist, unter einem Motto „Es gibt 1000 gute Gründe, Deutschland zu hassen“ eine Demonstration in Erfurt anmeldet und gleichzeitig einräumt, dass er dies nicht als Privatperson öffentlich unterscheidbar hinkommt im Verhältnis zur gesamten Fraktion, dann muss ich von dieser Person verlangen, dass sie deutlich macht, dass dieses Vorgehen auf meinen entschiedenen Widerspruch trifft. Genau diese Ansicht hat auch die Mehrheit der PDS-Fraktion so vertreten und ohne dass der stellvertretende Landesleiter der Gewerkschaft ver.di Thüringen Kontakt mit mir überhaupt nur versucht hat aufzunehmen, erhebt er in einer Musteremail Behauptungen über den Vorgang, die nicht den Tatsachen entsprechen. ...“

Luciferos Antwort: Eins haben Sie nicht verlernt, nämlich die mehrmalige Verwendung bestimmter Begriffe, damit jeder daran glaubt. Ich bin nicht als stellv. Landesleiter in dieser Frage aufgetreten, sondern als politisch denkender Mensch.

Was ist in der „Musteremail“ denn konkret falsch, oder meinen Sie, dass die AdressatInnen Ihres Schreibens so dankbar um die Chance sind, die Sie Ihnen geben, dass diese gar nicht so sehr daran interessiert sind, zu wissen, was falsch ist an unserer Protestmail.

In dem Solidaritätsaufruf hieß es: „Für den 2. Oktober 2001 wurde in Erfurt eine Demonstration unter dem Motto „Es gibt 1000 Gründe Deutschland zu hassen“ angemeldet. Sowohl das Anliegen der Demonstration, auf Rassismus und Nationalismus als gesellschaftliche Missstände in der BRD am Vorabend zum 3. Oktober hinzuweisen als auch der Anmelder Steffen Dittes waren in den vergangenen Wochen politischen Diffamierungen ausgesetzt. Vorgeschichte war, dass sich der Erfurter Oberbürgermeister Ruze gegen ein „Fest der Einheit der Menschen“ am 3. Oktober mit der Begründung ausgesprochen hatte, es handele sich um einen Feiertag der Deutschen.“ Ist es keine Diffamierung, wenn man wegen der Wahl eines ungeschickten Mottos, Steffen Dittes Gewaltbereitschaft unter-

durchzusetzen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und den Anpassungsdruck auf alle oppositionellen Positionen zu erhöhen.“

Vor Tagen hat Gysi wörtlich fast das Gleiche gesagt. Lügt er? Oder darf nur der Genosse das behaupten, und gilt das Demonstrationsrecht und die Demokratie nicht auch für Dittes? Ist es falsch, dass gerade unter Berufung auf den menschenfeindlichen Anschlag vom 11.9. ein Polizeistaat aufgebaut wird?

In dem Solidaritätsaufruf hieß es: "In voraussetzendem Gehorsam gehört die PDS zu den ersten, die sich öffentlich von Steffen Dittes distanzieren. Sie verleugnen damit ihre bis dato geäußerte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Hier sollen politische Positionen und ein kritischer Politiker geopfert werden, zugunsten einer zukünftigen Koalition mit der SPD, die Steffen Dittes schon immer als Hindernis benannte. Das Eintreten gegen soziale Ungleichheiten, Rassismus, Nationalismus und Militarismus für das Steffen Dittes stellvertretend für die PDS als innenpolitischer Sprecher steht, ist für uns als Aktive aus Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen immer wieder Grundlage einer Zusammenarbeit gewesen."

Der Abgeordnete Schemmel, SPD, hat es doch im Landtag auf den Punkt gebracht: „Um koalitionsfähig zu werden, genügt es nicht, die gleiche Interessenlage zu einem möglichen Partner .. bei der zuständigen Behörde für Personenstandsänderungen ..., sondern es gilt auch ausreichende Gemeinsamkeiten auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, ... und der Strategie der Bekämpfung des Terrorismus zu erreichen ...“ Mit anderen Worten und anderen Zielen sagt Schemmel, das was wir behauptet haben – Lügt er?

Ist es gelogen, dass auch Sie, als Sie noch Gewerkschafter waren, Steffen Dittes in seinen Aktivitäten gegen die Rechtsentwicklung unterstützt haben – wohl kaum!

In dem Solidaritätsaufruf hieß es: "Wir fordern die PDS auf, zu ihren gesellschaftskritischen Positionen zurückzukehren und gemeinsam mit ihrem innenpolitischen Sprecher Steffen Dittes und uns für eine demokratische Gesellschaft zu arbeiten, der das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist."

So wie ich mich erinnern kann, haben Sie 1997 an Dewes (SPD) auch die Forderung erhoben, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist. Wo steckt in dieser Aussage eine Lüge?

"... Meinungsfreiheit beinhaltet auch, sich von einem falschen Motto distanzieren zu dürfen, ohne dass man vorgehalten bekommt, dass man damit die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht missachten oder mit Füßen treten würde. Ich habe von meinem Recht Gebrauch gemacht, mich nicht für ein falsches Motto vereinnahmen zu lassen. ..."

Luciferos Antwort: Dieses Recht hat Ihnen niemand abgesprochen.

Doch Ihr Fraktionsvorsitzender hat am 4.10. den Rücktritt und den Ausschluss von Steffen Dittes aus der Fraktion gefordert. Sie da facto dasselbe! Doch Dank Ihrer Formulierungsfähigkeiten nur eleganter ausgedrückt. Das ist keine Distanzie-

rung von einem Motto, sondern die Demontage einer Haltung bzw. Menschen, die bzw. der einem nicht passt.

"... Am 4. Oktober nahm der stellvertretende Landesleiter der Gewerkschaft ver.di Thüringen an der Fraktionsitzung der PDS-Fraktion teil und erklärte zu meinem Erstaunen, dass er die Demonstration auch vom Motto her falsch fand und als er gefragt worden sei, ob er sie anmelden würde, habe er dies abgelehnt. Obwohl er im Verlauf der gesamten Fraktionsitzung sämtliche Argumente gehört hat, stellt er anschließend am 10. Oktober in der Zeitschrift „junge weit“ wiederum Behauptungen auf, die ich völlig inakzeptabel finde. Seine Schlussfolgerungen, die er jedes Mal aus meiner persönlichen Distanzierung von dem falschen Motto zieht, sind falsch und an den Haaren herbeigezogen. ..."

Luciferos Antwort: Wie richtig meine Schlussfolgerungen sind, hat Herr Schemmel – siehe oben – bestätigt.

Die Ablehnung eines Mottos gibt jedem das Recht der Demonstration fernzubleiben und dagegen zu argumentieren. Den Anmelder zu demonstrieren, hat nichts mit Demokratie zu tun, sondern kann in diesem Fall nur damit zu tun haben, dass man der CDU-Forderung folgt und sich koalitionsfähig macht.

"... Er lässt sich auf das falsche Demonstrationsmotto nie ein, sondern redet immer Drumherum und behauptet als Mutmaßung, dass aus diesen oder jenen Gründen die PDS nun auf dem Weg in eine Koalition mit der SPD sei. Unabhängig von allen Bewertungen, ob oder wie man unter den parlamentarischen Bedingungen in Thüringen den schwarzen Filz durchbrechen könnte und meines Erachtens auch durchbrechen musste, ..."

Luciferos Antwort: Tja, da haben wir uns schon immer unterschieden. Den „schwarzen Filz“ zu „durchbrechen“ – mit Gewalt oder warum verwenden Sie dertat militaristische Verben – hat nur dann einen Sinn, wenn der rosa-rote Filz etwas Besseres ist und nicht nur verspricht zu sein. Was ist besser am derzeitigen rosa-grünen Filz? Dass Riester eine Rentenreform durchgesetzt hat, die Blüm nie hätte durchsetzen können? Dass Deutschland zum 3. Mal in den Krieg zieht? Dass der Polizeistaat Dimensionen annimmt, die eine CDU-Regierung, dank auch Ihrem Widerstand, nie hätte durchsetzen können? Was ist am rosa-roten Filz in Meck-Pom oder Sachsen-Anhalt substanzial besser als am „schwarzen Filz“ in Sachsen, Thüringen oder Bayern?

"... bleibt doch die Frage, was A. Lucifero mit seinen Mutmaßungen meint, wenn er in den Raum stellt, dass die PDS kritische Positionen opfern würde zugunsten einer zukünftigen Koalition mit der SPD. Hier überhöht er einen Vorgang um die Person Steffen Dittes, der bis heute nicht bereit ist und innerlich auch gar nicht in der Lage ist einzugestehen, dass er durch sein eigenes höchstpersönliches Verhalten einen schweren politischen Fehler begangen hat. ..."

Luciferos Antwort: Wer das glaubt wird selig. Ist der Kollektivismus in der PDS wieder so präsent, dass es nicht von Belang ist, dass bestimmte Menschen bestimmte Politik machen oder entscheidet die Linie nur der Stellvertreter?

"... Nach meiner Kenntnis hat die Gewerkschaft ver.di oder ein Fachbereich für den 3. Oktober kon-

sequenterweise ein Fest in der Engelsburg angemeldet. ...“

Luciferos Antwort: Vielen Dank. Aber falsch. Der Bürgertisch Demokratie wollte das auf meinen persönlichen Vorschlag hin, bis zum Eingriff des OB, einmütig tun. ver.di hat lediglich eine Veranstaltung in der Engelsburg zur Migration durchgeführt.

“... Nach meinem Kenntnisstand war dies mit der PDS-Stadtratsfraktion besprochen. Nach meinem Kenntnisstand wusste zumindest die PDS-Stadtratsfraktion nichts von der angemeldeten Demonstration von Steffen Dittes. ...“

Luciferos Antwort: Ich auch nicht. Aber es ist nun mal – vielleicht nicht mehr lange – das Grundrecht eines jeden Bürgers, eine Demo anzumelden, ob das einem passt oder nicht. Das ist eben einer der wertvollsten Güter der Demokratie. Einige Kolleginnen und ich durften am eigenen Leibe am 3.10. erfahren, wie sehr die Anmeldung und insbesondere die Bezugnahme im Demo-Aufruf auf den „Tag der Einheit der Menschen“ missbraucht werden konnte.

Aber auch das ist das legitime Recht eines jeden Bürgers, ob Dittes, Kamelow oder Lucifero, nämlich Vorgänge in seinem Sinne zu interpretieren und dafür auf die Straße zu gehen – auch wenn andere es nicht mögen.

“... Nach meinem Kenntnisstand hat deshalb die Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion lange vor jedem öffentlichen Knatsch versucht, mit Steffen Dittes eine Aussprache herbeizuführen, um das Motto, welches gefährlich breite Fehlinterpretationen zulässt, abzuändern. All das hat nichts genutzt und all das hat zum Schluss zu einer klaren und konsequenten Abgrenzung gegen das Motto geführt. Mag sein, dass die PDS-Fraktion in der Öffentlichkeit nicht die glücklichste Rolle gespielt hat in dieser Frage, mag sein, dass sie noch viel zu zurückhaltend war in der harten und klaren Abgrenzung nicht nur gegen das Thema, sondern auch gegen die Träger des Demonstrationstmottos. Für mich bleibt aber der fatale Eindruck als ver.di-Mitglied, dass der stellvertretende Landesleiter in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landesleiter respektive, was ich für genauso schlimm halte, als Vertreter von ver.di mit dem Nimbus als ver.di-Hauptamtlicher oder ver.di-Ehrenamtlichen jetzt versucht, politisch das Leben schwer zu machen. ...“

Luciferos Antwort: Welchen ver.di-Ehrenamtlichen? Ist Ihr Mandat in der PDS ein gewerkschaftliches oder welche Märchen wollen Sie mit dieser Aussage in die Welt setzen?

“... Sowohl die Stadtratsfraktionsvorsitzende als auch meine Person und weitere Fraktionsmitglieder sind gleichzeitig auch ver.di-Mitglieder. ...“

Luciferos Antwort: Auch Steffen Dittes ist Mitglied von ver.di! Und in der Einheitsgewerkschaft, anders als in Ihrer Partei sind unterschiedliche Meinungen zu respektieren. Das war mal auch Ihre Meinung!

“... Dieses Vorgehen von A. Lucifero über die Benutzung seines Titels im Interview, über die Benutzung seines Titels in der Massenversendung von E-Mails, in dem sogenannten Solidaritätsaufruf und das Versenden dieser E-Mails über das

hbv-Remailnet sprechen eine eigene Sprache, bei der ich nicht gewillt bin, dies klaglos hinzunehmen. ...“

Luciferos Antwort: Diese Aussage ist der Beweis, wie untertrieben meine Vermutungen bezüglich der Interessenlage bei der Demontage von Steffen Dittes sind.

Die Mailingliste ist als offene Liste, mittlerweile mit mehr als 300 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet, zur Zeit als Sie Landesvorsitzender waren, eingerichtet worden. Es ist eine Mailingliste, die über den hbv-Provider läuft, aber für alle Interessierte AntirassistInnen und AntifaschistInnen offen ist. Ist so eine Liste nur dann gut, wenn die Hetztiraden gegen Sie kritisiert wurden, aber spätestens dann, wenn Kritik kommt, dann sinkt sie auf das bürokratische Niveau? Ist das Demokratie und Meinungsppluralismus?

“... Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es einen technischen Zugang über Verknüpfungen gegeben hat von der DGB, bzw, hbv-Startseite im Internet zur LAG Antifa und über einen weiteren Verknüpfungspunkt bis zum Demonstrationsauftritt der Gruppe YAFAGO und den entsprechenden Stellungnahmen des Infoladen Sabotnik. Ende September konnten wir jedenfalls zweimal den Zugangspfad so benutzen und es bleibt bei mir der merkwürdige Eindruck, dass A. Lucifero entweder gelogen hat, als er in der PDS-Fraktion Stellung genommen hat zur Demonstrationanmeldung ...“

Luciferos Antwort: Sie lügen oder ist es Ausdruck nackter Inkompetenz, die Sie in die Falle der CDU stolpern lässt.

Weder von der ex-hbv-nach bzw- oder LAG-Website gibt und gab es Link zur YAFAGO-Website.

Es gibt eine Email-Adresse, so wie es einige andere @lag-antifa.de Email-Adressen gibt. Jeder Antifaschist und Antirassist, der eine solche Email-Adresse haben will, kann Sie haben. Es ist unsere Lehre aus der Geschichte, dass es bei allen Meinungsunterschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus Bündnisse geben muss. Die LAG ist so etwas. Bis vor ein paar Monaten Ihrerseits auch so vertreten.

Mit entsprechender Kompetenz könnten Sie feststellen, dass auf der LAG-Website mehr als 200 Link aufgeführt sind. Vom „Routen-Planer - die beste Reiseroute online recherchiert!“, „Science-fiction-guide“, „Projekt Gutenberg - Deutsche Schriftsteller seit dem Mittelalter online“ bis „Xacuanxochitl - Online-Zeitung aus Nicaragua“. Alles gewaltbereite Bündnispartner der LAG? Ich gebe Ihnen einen Tipp: machen Sie mal einen Internet-Kurs, damit Sie politikfähig werden und nicht so leicht in die Falle von CDU-Hetzkampagnen fallen.

Hätten Sie ein gutes Gedächtnis, dann wüßten Sie, dass vor ein paar Jahren, als Sie noch Landesvorsitzender der hbv waren, von der CDU schon mal so ein Vorwurf kam, der dadurch platzte, dass wir entdeckt haben, dass irgendeine Behörde,

Der Vorwurf des „Mißbrauchs“ der offenen Mailingliste Antira wird ständig wiederholt. Offensichtlich ist Offenheit nur dann erwünscht, wenn es den eigenen Interessen entspricht.

ohne es zu merken, einen Link zu einer Softporno-Website hatte.

Verliert man bei der Lust auf Koalition und Macht nicht nur den Respekt vor anderen Meinungen, sondern auch noch das Gedächtnis?

“ ... oder dass er Steffen Dittes benutzt hat bzw. es billigend in Kauf genommen hat, dass Steffen Dittes sich so verhalten hat, wie er sich verhalten hat. Ein gleiches Engagement, wie A. Lucifero jetzt gegen die PDS-Fraktion an den Tag legt, hätte ich mir gewünscht, wenn er mit den jungen Leuten der Gruppe YAFAGO und mit Steffen Dittes darüber debattiert hätte, allerdings mit dem entsprechenden Effekt, dass das Motto nicht nur falsch ist, sondern dass das Motto hätte geändert worden wäre. ... ”

Luciferos Antwort: Ich bin weder Apostel, Prediger noch Guru von YAFAGO. Was sie tun haben sie selbst zu verantworten.

Wenn aber ein engagierter Mensch demontiert wird, dann solidarisiere ich mich.

“ ... Wer Hass sät, wird Gewalt ernten und wer mit dem Begriff Hass glaubt, auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen hinweisen zu müssen, darf sich nicht wundern, wenn zum Schluss einzelne junge Menschen auf einen falschen Pfad geraten. Es war schon einmal im Nachkriegsdeutschland so, dass junge Leute aus richtiger Analyse falsche Schlüsse gezogen haben. Für mich bleibt nach wie vor das Gewaltmonopol beim Staat ein wichtiges Element und es verbietet sich für mich, nach meinem persönlichen Empfinden, dass mit Worten wie „Hass“ irgendwann aus der scheinbar zulässigen Gewalt gegen Sachen eine Gewalt gegen Menschen wird. ... ”

Luciferos Antwort: Deutschland zu lieben ist genauso ignorant, wie es zu hassen. Und das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für alle Nationen. Wer die Nation zum emotionalen Gut macht, begibt sich, ob gewollt oder ungewollt, auf die nationale Schiene.

Das hat aber nichts damit zu tun, dass auch Hass seine Berechtigung hat.

Nazis, die Flüchtlinge, MigrantInnen, Juden, Behinderte usw. ermorden, kann man nur hassen. Eine Regierung, die Palästinenser unterdrückt, verdient jeden Hass. Kamikaze-Mörder, ob aus Palästina oder sonst wo, ernten meinen Hass.

Das hat keinesfalls zur Konsequenz, Gewaltreaktionen und -aktionen zu legitimieren, ist aber ein legitimes Gefühl, das auch in der Politik, die von Menschen, zumindest oft, gemacht wird, seinen Platz hat.

Wer das leugnet, tut das nur, um andere zu kriminalisieren.

“ ... Zumindest die Trennlinien der gesellschaftlichen Betrachtung scheinen mir nicht mehr klar erkennbar zu sein, so zumindest mein Eindruck über das Vorgehen von A. Lucifero, der sich durch sein Verhalten auf unzulässige Weise einmischt. ... ”

Luciferos Antwort: Es lebe der Schein. Die Fraktion, die sich dadurch profiliert, dass sie offene Fraktionssitzungen macht, jammert, wenn es wahrgenommen wird.

Heißt bei Ihnen Offenheit, dass man Ihren demagogischen Reden zuhören und applaudieren darf und sonst das Maul

halten soll?

“ ... Ich erwarte von der Gewerkschaft ver.di in Thüringen, dass sie dafür Sorge trägt, dass auch ein Mensch wie ich in der DGB-Gewerkschaft ver.di einen Platz hat und das Abgrenzungen dieser Art unterbleiben. ... ”

Luciferos Antwort: In einer Einheitsgewerkschaft haben fast alle Menschen Platz. Sie kennen doch unsere Satzung.

“ ... Ich will nicht unerwähnt lassen, dass ich derzeit wenig Neigung habe, eine Geschäftsstelle zu betreten, in der ich gezwungen wäre, auf A. Lucifero zu treffen. ... ”

Luciferos Antwort: Das ist in ver.di recht einfach. In der Schillerstraße werden Sie mich selten treffen.

“ ... Eurer Stellungnahme entgegensehend, verbleibe ich mit kollegialen Grüßen

Bodo Ramelow

P. S. Jede Schneeflocke einer Lawine plädiert auf „nichtschuldig!“ Seit der einstimmigen Verurteilung des Brandanschlages auf die Synagoge hat sich A. Lucifero distanziert. Von mir genauso wie von der Fraktion. Wahrscheinlich geht es doch darum, die Landesregierung mit der Instrumentalisierung von rechtsextremen Übergriffen zu bekämpfen, anstatt den Versuch zu unternehmen, mit der Landesregierung gegen Übergriffe zu arbeiten. ... ”

Luciferos Antwort: Gelogen! Ich habe mich nicht distanziert, sondern war nicht bereit, einen Aufruf zu unterstützen, der von Politikern mitgetragen wird, die noch Tage zuvor den Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus kleingeredet haben und Tage danach versucht haben, den Anschlag auf die Synagoge Linken in die Schuhe zu schieben. Ist der Gedächtnisschwund im Landtag wirklich so groß oder ist das doch nur blanke Demagogie, damit Sie endlich bei der Mehrheit ankommen.

“ ... Es ist schon schwer genug in unserem Land, aber warum wird es von eigenen

Kollegen noch schwerer gemacht? ... ”

Luciferos Antwort: Endlich bringen Sie es auf dem Punkt. Was treibt sich dieser „untriebige Sitzlianer“ in meinem Land und in meiner Gewerkschaft rum?

Hochachtungsvoll
Angelo Lucifero

Anlage: TLZ 19.10.01

Das es dem am 24.10. als Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagenen Bodo Ramelow nicht nur um die Verabschiedung von seiner radikalen Vergangenheit geht, dokumentiert er selbst in einem Interview in der TLZ vom 19.10.01. Es geht sogar um die Verabschiedung von sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Positionen.

Ramelow:

Mit mir gibt es keine falschen Kompromisse

Weimar. (Tlz/ger, 19.10.01) Dass die PDS zunehmend als Partei mit Wirtschaftskompetenz wahrgenommen werden muss, liegt vor allem an einem: Bodo Ramelow, neun Jahre lang für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Thüringen kritischer Begleiter des Aufbaus, seit 1999 Landtagsmitglied und Fraktionsvize seiner Partei. Ramelow scheut unbequeme Wege nicht. Und er sagt im TLZ-Gespräch mit Hans Hoffmeister, Hartmut Kaczmarek und Gerlinde Sommer auch, mit wem sich die PDS in Thüringen künftig aus welchen Gründen eine Zusammenarbeit vorstellen kann und mit wem nicht. Gewicht gewinnt diese Einschätzung Ramelows, weil er als der Mann gilt, der auf den scheidenden Fraktionschef Werner Buse folgt.

Jetzt also doch: Bodo Ramelow wird Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag!

Das ist noch nicht entschieden. Richtig ist aber, dass ich bereit bin, mehr Verantwortung zu übernehmen. Jetzt ist der Landesvorstand gefragt - und es geht darum, die Politikfelder zu ordnen. Die Fraktion muss jetzt so aufgestellt werden, dass sie bis zur nächsten Wahl hält. Wir müssen unsere Arbeit optimieren - und dürfen nicht länger ein Bild abgeben wie in den vergangenen Wochen. Da wirkten wir wie eine Selbsthilfegruppe.

Die PDS hat nicht nur ein Problem mit Steffen Dittes und dessen Haltung zum Hass auf Deutschland. Die PDS steht nach wie vor für anachronistische Zustände - und ist daher für viele Bürger nicht akzeptabel. Es gibt ein Kernwählerpotenzial, das sich in der PDS und durch die PDS aufgehoben fühlt. Dieses würde sich nicht von der SPD aufgehoben fühlen.

Sprechen Sie von jenem Wählerpotenzial, das nach der Wende desillusioniert worden ist?

Ja. Aber dazu muss ich sagen, die meiste Zustimmung, die ich erfahre, kommt von Unternehmern. Die würden keinen öffentlichen Wahlauftritt für mich machen.

Aber diese Unternehmer sagen mir: Es ist richtig, wo für sie stehen.

Wofür stehen Sie denn?

Ich stehe nicht für falsche Klärungsprozesse. Ich mache keine falschen Kompromisse. Ich lass' mich nicht in diesen Wirtschaftskreisen auch: Die Menschen nehmen sehr genau wahr, was in diesem Landtag geschieht. Die Zeit, in der es genügt, das Schreckgespenst PDS an die Wand zu malen und alle schrien igitt, die Zeit ist vor-

bei. Und es ist auch nicht mehr so, dass ausschließlich Wendeverlierer etwa aus der ehemaligen SED-Führung zu uns stehen. Die sind ja nicht nur älter geworden, sondern eine ganze Reihe fühlt sich auch provoziert durch die Erklärung von der Bundesvorsitzenden Gabi Zimmer zum Mauerbau. Manche sind deshalb ausge treten.

Das finden Sie richtig, oder?

Nein. Das ist ja der Widerspruch in dieser PDS, dass sie eine neue Politik machen kann, obwohl sie ein breites Mitgliederpotenzial hat, das dit ist. So lange diese Menschen nicht den Einfluss haben, zu sagen, die Mauer muss gerechtfertigt werden, sollen sie in Ruhe alt werden.

Absage an die Beliebigkeit

Was also ist das Problem über Steffen Dittes hinaus?

Das ist das Bemühen, an allen Ecken gleichzeitig irgendwie ausgleichend die unterschiedlichsten Ränder bedienen zu wollen. Das funktioniert nicht: einerseits Realpolitik machen und andererseits an allem festhalten, weil soziale Errungenschaften generell verteidigt werden müssen.

Ein Beispiel?

In Gera müssen wir die blanke Not verwalten. Die frühere PDS-Landtagsabgeordnete Christiane Neudert hat dort als neue Dezernentin nichts anderes zu tun, als die Armut dieser verarmten Kommune zu verwalten. Können wir da an einer anderen Stelle im Land gleichzeitig sagen: Es darf niemals an Kinderkrippen gespart werden, selbst wenn gar keine Kinder mehr da sind?! Diese Haltung ist ein Bedienen der Beliebigkeit, das nicht aufgeht.

Wie wollen Sie denn die Interessen der Unternehmer bedienen?

Zunächst: Ich will nicht die Interessen einer einzelnen Klientel bedienen, so wie ich mich nicht festnageln lasse auf die Interessen der Gewerkschaft. Ich beschreibe einfach Rahmenbedingungen, bei denen sich Unternehmer überlegen können, ob sie diese richtig finden oder nicht.

Dann beschreiben Sie mal!

Ich fange gleich mit einem Reizthema für beide Richtungen an - Gewerkschaft wie Unternehmer-schaft. Beispiel Runder Tisch. Das bedeutet für mich: Verabredungen treffen, wo man Einschnitte machen muss. Wir haben in Thüringen eine Bevölkerung, die zurückgeht. Und diese zurückgehende Bevölkerung hinterlässt eine Struktur, die zu groß ist. Bei den Krankenhäuser zum Beispiel: Die Aufgabe wird sein, wie wir redimensionieren.

Und sind Sie da schon im Gespräch?

Ich habe erst kürzlich für unsere gesundheitspolitische Sprecherin Ursula Fischer eine Veranstaltung

moderiert, da waren alle am Tisch einschließlich der Träger. Die habe ich provoziert - und das mache ich auch öffentlich. So lange es nicht gelingt, dass die Akteure unter strenger Vorgabe der Landespolitik wissen, welche Hausaufgaben sie zu lösen haben, wird immer jeder einzelne zu Lasten der anderen argummentieren. Gemeinsam leisten sie nicht, was sie leisten müssen: aktiver Abbau von Betten, das Zurückschneiden von Strukturen, die wir uns gar nicht mehr leisten können, das Zusammenbinden von Angeboten, damit sie der Patient nutzen kann. Aber in diese Frage eingebunden ist auch die Tarifpolitik: Die Gewerkschaften drücken sich da genau so. Es gibt keinen einheitlichen Tarifvertrag, der alle Situationen im Gesundheitswesen enthält. Es gibt den BAT-Ost, der in einem Stellvertreterkrieg für den BAT-West verteidigt wird. Für mich sieht die Lösung so aus: Das Personal, das beim Redimensionierungsprozess übrig ist, muss entweder zu gleichen Bedingungen in Ruhestand gehen können oder an anderen Stellen des Gesundheitswesens weiterarbeiten können.

Lassen Sie uns festhalten: Es muss nicht der Weststandard sein?!

Nein. Mein Standard heißt Thüringen. Vor drei Jahren habe ich schon gesagt: **Wer 100 Prozent West nachläuft, läuft in die Irre.**

Noch ein Beispiel?

Gerne. Lassen sie uns über die Theaterlandschaft sprechen. Bei aller Ehre für die Verteidigungsstrategie, die das DNT Weimar angeht: Das verstehe ich kulturpolitisch. Aber tatsächlich hat DNT-Generaldirektor Stephan Märki an einer Stelle ausdrücklich recht: Nicht die Theater haben zu viel Geld in Thüringen. Das wäre nun wirklich die falsche Botschaft. Aber: Für die vorhandene Theaterlandschaft haben wir überhaupt nicht mehr die Finanzmittel. Und darin eingebunden ist eine Frage, vor der sich alle drücken: Warum traut sich keiner an die sieben Tarifverträge ran?

Aber wer muss denn da ran?

Ich bleibe wieder beim Bild des Runden Tisches, an dem sich alle Beteiligten versammeln müssen unter der Vorgabe der Landespolitik, diese Tarifvielfalt in den Häusern zu brechen zu Gunsten eines Flächen-tarifvertrages.

Aber dabei hat doch der Bühnenverein eine gewichtige Rolle - und mit dem will sich keiner anlegen?! Die Konsequenz wäre: raus aus dem Bühnenverein. Die Frage ist aber, ob die Kommunen und das Land dazu gemeinsam den Mut haben? Was uns nicht hilft dazu gemeinsam den Mut haben? Was uns nicht hilft derzeit sind Einzelgutachten, in dem das Kunstministerium A gegen B und C mit D prüfen lässt. Was wir brauchen ist eine Gesamtanalyse, die die Logik des Bühnenvereins überspringt. Und außerdem ließe sich auch mal eine Wirtschaftsberatung einsetzen, die die sieben Häuser unter dem Aspekt prüft: Wie kann ich diese sieben Unternehmen in eine Zukunft bringen, in der jede Spielstätte eigenen Charakter behält?

Die Landesregierung ist reale Stagnation

Es muss aber die künstlerische Eigenständigkeit gewahrt bleiben.

Wenn Sie aber den Intendanten das Geld wegnehmen und einen gemeinsamen Wirtschaftsoberintendanten einsetzen für Erfurt und Weimar, dann ist genau diese künstlerische Eigenständigkeit weg.

Jetzt sind wir wieder bei den zweien. Ich rede aber von einem völlig anderen Modell - und das bedeutet wie bei den Krankenhäusern: rein in einen neuen Tarifvertrag.

Und noch etwas: Es muss gleichzeitig in der Theaterfrage die Vorgabe gemacht werden, dass mindestens 25 Prozent Eigeneinnahmen erzielt werden.

Das mag sich extrem hoch anhören - aber sechs Prozent ist zu niedrig. Und die Politik darf sich auch nicht davor scheuen, Folgendes zu sagen: Liebes Haus, wir schätzen dich, aber Sorge dafür, dass das, was du produzierst auch zu entsprechenden Eigenfinanzierungsquoten führt.

Lassen Sie uns noch einmal auf den Ausgangspunkt zurückkommen, den Redimensionierungsprozess...

Wir leben in einem Land, das in einem Prozess der Verkleinerung ist. Und unsere Landesregierung drückt sich davor, die Rahmenbedingungen zu setzen, wie man diese Redimensionierung begleitet. Das beginnt bei der Kommunalreform, geht über die Krankenhausreform, die Kulturreform... Im Kern versucht Ministerin Dagmar Schipanski sich durchzumogeln innerhalb einer Landespolitik, die diesen Prozess nicht angehen will.

Aber wir sind ja jetzt in der Denkfabrik!

Jaja, wir sind in der Denkfabrik. Wir sind: Top Thüringen. Aber wenn ich mir die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt anschau, dann sind wir im Osten nur im Mittelfeld. Bei der Arbeitsplatzdichte sind wir auch nur an dritter Stelle. Bei der Exportquote liegt immer noch Sachsen und sogar Berlin vor uns. Sich zu vergleichen mit einem strukturschwachen Land wie Mecklenburg-Vorpommern, dem die Bevölkerung noch schneller wegläuft, das ist alles andere als top. Es werden keine Tabus angepackt, keine Vorgaben gemacht - das aber wäre dann wirklich das Ergebnis aus der Denkfabrik. Eine Zahl, die ich gerne erreichen würde, wäre mit Hilfe von Kunst, Kultur, Gastronomie und Hotellerie eine stabile Größe von 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes alleine aus dem Bereich Tourismus zu ziehen. Manches würden wir zudem kostengünstiger erreichen, wenn wir den Mut hätten, es tatsächlich von weniger Menschen erledigen zu lassen.

Soll das heißen, dass in der Redimensionierungsphase nun das gemacht werden muss, was nach der Wende verschlafen wurde: Die Suche nach neuen Lösungen statt der Übernahme des überlebten Weststandards?

Richtig.

Das heißt, die Not zwingt dazu, jetzt zu handeln, obwohl in den 90ern Zeit zum Umdenken gewesen wäre?

Die Not wäre das Beste, was uns dazu zwingen würde, weil dann objektive Tatbestände der Bevölkerung plausibel gemacht werden können. Wenn aber Politiker behaupten, irgendwie werde schon alles weiter zu finanzieren sein, leisten wir dem Lande einen Bärendienst. Die CDU-Landesregierung ist eine reale Stagnation.

Können Sie sich eine Zusammenarbeit mit dem designierten Vogel-Nachfolger Dieter Althaus vorstellen?

Nein. Weil Althaus an einer Stelle ganz bläss ist. Er versucht sich durchzumogeln, wie er sich auch durch die DDR durchgemogelt hat. Ich sage das mit einigem Zorn über seine Überheblichkeit, mit der er in jüngster Zeit ausschließlich über die PDS ausgefallen ist. Er lastet die Vergangenheit aus-schließlich einer Partei an. Ich halte ihn für einen Wendehals, der sein Schraubgewinde nicht verdecken kann, weil er sich seiner Vergangenheit nicht stellt.

Und wie kommen Sie mit dem SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie klar?

Persönlich sehr gut. Da stimmt auch die Chemie, bei allen Details, die uns in der Sache trennen. Der Punkt ist nur: Matschie muss in seine Schuhe reinwachsen nach der Bundestagswahl. Denn dann muss er sich bekennen: Nur Landesvorsitzender oder auch Spitzenkandidat.

Muss er das nicht vorher sagen?

Nein.

Aber der Wähler will das doch wissen!

Der Wähler soll PDS wählen.

Das mag der Wähler anders sehen. Danke für's Gespräch.

Mit der Entscheidung der PDS, Rame-low zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen, und der Tatsache, dass sich niemand anderes aus der PDS bisher geäußert hatte, ließ die Vermutung zu, dass es sich tatsächlich um das Austragen einer "persönlichen Fehde" und der persönlichen Verabschiedung von der eignen Vergangenheit handelte, und es sich nicht um eine PDS-Haltung handelt.

Ein Kandidat zum Regieren

Die Oberen der PDS nominieren unter schwacher Gegenwehr Bodo Rame-low als neuen Fraktionschef

LANDTAG. und Dieter Hausold, hatten sich extra frei genommen, um ihren Favoriten durchzusetzen. Doch die Überzeugungsarbeit dauerte. Die unglückliche Pressesprecherin verstrakte Stun-de um Stunde. Manchem der frei gewählten Abgeordneten schien es wohl nicht zu behagen, wie die Partei bei der Kan-didatensuche mithält - zumal ja erst Mitte November richtig gewählt wird. Außerdem sieht Rame-low sich mehreren feindlichen Klein-st-lagern gegenüber. Da sind jene, die ihm für einen vorlauten

Wessi halten, jene, die ihn des Verrats an der wahren Lehre verdächtigen, und jene, die gleich beides tun. Doch auch bei den 21 Abgeord-neten existiert ein diffuses Un-behagen über die Art, wie der 45-jährige in den letzten Wochen Gegner inner- und außerhalb der Partei weggeissen hat. Für Stefan Dittes organisierte Rame-low das Tribunal, auf dem er nach der Klass-Demonstra-tion als innenpolitischer Spre-cher nicht mehr tragbar sei. Auch verwickelte er sich in ei-

nen unappetitlichen Streit mit einem alten, linken Kampge-fährten, dem Gewerkschafts-funktionär Angelo Lucifero. Doch Rame-lows Gegner, sie nun Dittes, Roland Habbe-heiß, können keine wirkli-che Alternative bieten. Und so veränderten gesteres Hausold und der scheidende Fraktions-cher Werner Buse nach der letzten Sitzung das erwartete Resultat: Bodo soll es machen. Ihm zur Seite möchte man im-

run Sediack und Joachim Koch sehen. Sie alle drei gehö-ren zu den eher pragmatischen, pflegeleichten Volksvertretern. Und das ist dann auch die Nachricht des Tages. Rame-low hin oder her, die PDS ist auf dem Weg den Gabi Zimmer im Bund bereits mit einigem Er-folg beschreitet, weg von Alt-basen und Radikalen, hin zur Regierungsfähigkeit. Falls es nicht in Berlin klap-pen sollte - in Thüringen wird in drei Jahren gewählt.

Martin DEBES

Weit gefehlt.

Am 25.10. trudelte bei Lucifero ein Schreiben der Bundesvorsitzenden Zimmer und des Landesvorsitzenden Hausold, die in die gleiche Kerbe schlagen, ein.

Angelo Lucifero
Pförtchenstraße 3
99096 Erfurt

24.10.01

Lieber Angelo,

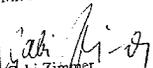
durch deine eMails an Mitglieder unserer Partei und den Offenen Brief an Bodo Ramelow sehen wir uns veranlasst, dir in Form eines persönlichen Briefes unsere Meinungen und Auffassungen mitzuteilen.

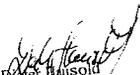
Ausgehend von der Erfurter Erklärung haben wir in den letzten Jahren mit vielen Menschen außerhalb der PDS für eine neue Politik in diesem Land zusammengearbeitet. Dabei spielten die Gewerkschaften eine herausragende Rolle. Der selbstverlangte Anspruch der PDS mit offen Listen bei Wahlen anzutreten und damit parteilosen Menschen den Weg für parlamentarisches Mitwirken zu ermöglichen, führte auch zur Kandidatur von Bodo Ramelow. Dieser hat in den vergangenen zwei Jahren für unsere Landtagsfraktion und darüber hinaus viel geleistet. Bodo hat maßgeblichen Anteil an der zunehmenden Akzeptanz der PDS in der Thüringer Bevölkerung. Wir verwahren uns deshalb dagegen, dass Mitglieder oder Abgeordnete unserer Partei öffentlich diffamiert oder denunziert werden. Wir lassen die Würde dieser Menschen nicht angreifen.

Deine Auffassung zum Streit um das Motto der Demonstration „Es gibt tausend Gründe Deutschland zu hassen“ teilen wir nicht. Die Abgrenzung der PDS von diesem Motto hat für uns politische und humanistische Gründe. Hass ist in der Politik, aber auch in der Gesellschaft, der schlechteste Ratgeber. Deine Unterstellung, wir wollten uns in diesem Zusammenhang bei einem eventuellen Koalitionspartner anbieten, weisen wir entschieden zurück.

Auch wenn wir die Form eines Briefes gewählt haben, sind wir dennoch bereit, mit dir auch im persönlichen Gespräch die o.g. Probleme und Auffassungen zu diskutieren. Wir halten es allerdings weder für die Mitglieder der PDS noch für die Mitglieder der Gewerkschaft ver.d für nützlich, eine politische Diskussion oder gar die Ausfechtung einer persönlichen Feinde über die Medien zu führen. Lass uns auf den Weg zurückkehren, der von politischer Kultur geprägt ist und den wir gemeinsam in den zurückliegenden Jahren gegangen sind.

Mit solidarischen Grüßen


Gabi Zimmer
Parteivorsitzende der PDS
Mitglied der PDS-Fraktion


Dieter Hausold
Landesvorsitzender
der PDS Thüringen

Das Schreiben der beiden Vorsitzenden deutet stark darauf hin, dass es kein "Ausrutscher" des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der PDS ist, sondern es zur Linie der PDS-Führung gehört.

Angelo Lucifero

An
Gabi Zimmer
Dieter Hausold

Euer Schreiben vom 24.10.01

Liebe Gabi,
lieber Dieter,

Ihr verwahrt Euch dagegen, dass Mitglieder oder Abgeordnete Eurer Partei öffentlich diffamiert und denunziert werden. Gut so. Aber das scheint nur für Eure Mitglieder zu gelten. Wenn es Eurerseits die Absicht gäbe, mit der entsprechenden Sachlichkeit die Auseinandersetzung zu betrachten und Ursache und Wirkung zu ermitteln, dann würdet Ihr mir keine Diffamierung und Denunzierung vorwerfen.

26.10.01

Nicht ich, sondern Herr Ramelow hat mit Begriffen wie „schizophren“ und „Provokateur“ die Auseinandersetzung um den innenpolitischen Sprecher in die Medien gebracht. Nicht ich, sondern Herr Ramelow hat mich im ND sogar in Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz gebracht. Nicht ich, sondern Herr Ramelow hat meine Kündigung gefordert und andere GewerkschafterInnen bei Ihren Gewerkschaften mit Lügen denunziert.

Vielleicht solltet Ihr Euch die Mühe machen, mal die Zeitachse nachzuvollziehen, dann gelingt es vielleicht auch der PDS, Ursache und Wirkung, Täter und Opfer von einander zu trennen.

1. Ich habe an keiner Stelle die Entscheidung der PDS-Fraktion personalisiert und diffamiert, sondern kritisiert. Ich bin nicht als Vertreter von ver.di aufgetreten und habe dies weder irgendwo so erwähnt, noch habe ich eine derartige Pressemitteilung herausgegeben. Den Namen ver.di und meine Funktion bringt Herr Ramelow bewusst in die Medien. Nämlich in der Hoffnung, dass es in ver.di aufgefunden wird und ich unter Druck gesetzt werde.

2. Ich habe selbst bei meiner in der "offenen" Fraktionssitzung der PDS vorgetragenen Kritik im Umgang mit Steffen Dittes es nicht personalisiert, sondern habe versucht, eine sachliche Kritik einzubringen.

3. Selbst nach mehreren massiven personalisierten Vorwürfen von Herrn Ramelow gegen meine Person in der „TLZ“, „BILD“ und „Neues Deutschland“ habe ich einen offenen Brief formuliert, der sich aber nicht auf dieses Niveau eingelassen hat.

4. Worum es Herrn Ramelow bei den gesamten Vorgängen geht, wird in einem Interview in der „TLZ“ vom 19.10.01 deutlich. „...die meiste Zustimmung, die ich erfahre, kommt von Unternehmern...“, „...Wer 100 Prozent West nachläuft, läuft in die Irre...“. Das ist die totale Verabschiedung von gewerkschaftlichen Positionen.

5. Zeitachse:

- Vor dem und am 4.10. mehrere mediale Ankündigungen der CDU und PDS bzw. Ramelows, die Steffen Dittes zum Rücktritt auffordern.
- 3.10. Soli-Aufruf über Antira-Mailingliste.
- 4.10. Debatte in der offenen Fraktionssitzung.
- 5.10. BILD-Artikel mit Nennung meines Namens und meiner Funktion.
- Landtagsdebatte, in die durch einen CDU-Abgeordneten mein Name ins Spiel gebracht wird.
- 10.10. "Junge Welt" interviewt mich. Den Namen Ramelow habe ich noch nicht einmal erwähnt.
- 16.10. „TLZ“: Beleidigung meiner Person durch Ramelow als "schizophren" und "Provokateur".
- 16.10. Schreiben von Ramelow an die Landesleitung mit der faktischen Forderung nach meiner Kündigung. Das Schreiben ist durch Ramelow auch an die Presse gegangen.
- 16.10. Ähnliches Schreiben von Bodo Ramelow an den DGB und die Gewerkschaften, in dem andere GewerkschafterInnen denunziert werden.
- 18.10. Artikel im "Neuen Deutschland", wo wieder durch Ramelow mein Name ins Spiel gebracht wird, sogar in Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz.
- 19.10. Ich verfasse einen offenen Brief an Herrn Ramelow. Also erst nachdem mein Name in der Presse beschmutzt und gegenüber den Gewerkschaften die Distanzierung und de facto meine Kündigung gefordert wurde.
- 19.10. TLZ-Interview mit Ramelow. Die Aussagen in diesem Interview sind nicht nur Koalitionsanbiederung, wobei eine konsequente SPD bei den meisten Aussagen rechts überholt wird, sondern blanke Anbiederung an die Unternehmer.
- 23.10. MDR Radio Thüringen sendet "Ramelow erhebt Vorwürfe gegen Lucifera".
- 24.10. "Thüringer Allgemeine": "Ende einer Beziehung".
- 24.10. Erst nach der Lektüre des Artikels in der TA am 24.10. habe ich ihm auf sein Schreiben vom 16.10. geantwortet – siehe Anlage. Um mich nicht auf sein Niveau zu begeben, habe ich meine Antwort nicht an die Presse weitergegeben.

Wenn Kritik an Entscheidungen der PDS-Fraktion, wenn Solidarisieren mit einem Menschen, Steffen Dittes, der sich seit Jahren für Menschen- und BürgerInnenrechte engagiert, wenn Kritik und Interpretation einer Linie der PDS als Diffamierung und Denunziation, während öffentliche Beschimpfungen als „schizophren“ und „Provokateur“ und vieles mehr Eurerseits als Schutz der Würde bewertet werden, während Rundschreiben an Gewerkschaften mit kon-

kreien Distanzierungsaufforderungen und nachweisbaren Lügen ebenfalls als Schutz der Würde betrachtet werden, dann gibt es keinen gemeinsamen Weg zur politischen Kultur und kein Zurück zur Vergangenheit.

Eine in der JW sachlich formulierte Kritik schadet nicht der PDS - im Gegenteil, sie kann eine produktive Diskussion provozieren. Durch Herrn Ramelow initiierte Schlammpressemeldungen wird aber ver.di geschadet und versucht, meine Person und andere GewerkschafterInnen zu demontieren.

Wer das Motto „Hass ...“ nicht teilt, das ich allen Unterstellungen zum Trotz auch nicht teilte, kann nicht wollen, dass über die Medien Hass gegen Personen geschürt wird und glauben, dass die Betroffenen sich dem fügen.

Eine persönliche Fehde in den Medien habe ich weder ausgelöst noch ausgetragen, daher müsst Ihr dieses Problem in Eurer Partei klären und nicht glauben, Solidarität mit Loyalität¹ verwechseln zu dürfen, das ist nicht meine Basis.

Wenn die PDS weiterhin eine solche Vorgehensweise unterstützt, werde ich alle Möglichkeiten, die ich habe, nutzen, um das zu bekämpfen und bin gerne bereit, jede Beschädigung meiner Person in Kauf zu nehmen. Mindestens Euer Genosse Ramelow weiß genau, dass ich mich nie dem Druck beuge, sondern nur den besseren Argumenten.

Wer nach dem Motto „Wer das Denken nicht attackieren kann, attackiert die Denkenden“ handelt, gehört nicht zu meiner politischen Kultur und überfordert meine sehr große Bündnisbereitschaft.

Steht die PDS tatsächlich für eine andere politische Kultur, dann bin ich gerne zu einem Gespräch bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Angelo Lucifero

¹ Loyalität ist:

„Überhaupt darf ich nicht mir gehören wollen, sondern meinem Schöpfer und dessen Stellvertreter. Ich muss mich leiten und bewegen lassen, wie ein Wachsklumpchen sich kneten lässt, muss mich verhalten wie ein Toter ohne Willen noch Einsicht, wie ein kleines Kruzifix, das sich ohne Schwierigkeiten von einem Platz zum anderen stellen lässt, wie ein Stab in der Hand eines Greises, auf dass er mich hinstelle, wo er will und wo er mich am besten brauchen kann. So muss ich immer zu Hand sein, damit der Orden sich meiner bediene und mich in der Weise verwende, die er für gut hält ...“

Das ist die Formel des vor mehr als 450 Jahren verblichenen Ignatius von Loyola, dem wir das Wort Loyalität verdanken.



Saalfeld 14.3.98 Bodo Ramelow

Resümee

Die Tatsache, dass die Thüringer PDS-Fraktion, vertreten durch ihren stellv. Vorsitzenden, Steffen Dittes und andere AntifaschistInnen öffentlich ausgrenzt und beleidigt werden und dies verbunden wird mit der Verabschiedung von politischen Positionen, muss zum Anlass genommen werden, um über das Verhältnis der AntifaschistInnen zu den Parteien, insbesondere der PDS, zu diskutieren. Dies muss aber in einer differenzierten Form geschehen, damit nicht Parteimitglieder, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus und für eine Bündnisarbeit engagieren, beschädigt werden.

Quo vadis?

Die öffentlichen Distanzierungen der PDS-Fraktion der vergangenen Wochen von Steffen Dittes, Roland Hahnemann und Angelo Lucifero bedeuten einen tiefen Einschnitt in die Inhalte und das Politikverständnis der PDS in Thüringen.

Als Linke innerhalb wie außerhalb der PDS müssen wir uns jetzt fragen was das bedeutet.

Menschen aus unterschiedlichen Spektren haben miteinander diskutiert und trotz unterschiedlicher Auffassungen im Detail festgestellt, das es höchste Zeit wird, für einen gemeinsamen Diskussionsprozess über unser politisches Koordinatensystem und die Rolle der PDS darin.

Wir beobachten einen rasanten Anpassungsprozess in Fraktion und Partei an eine politische Mitte.

Wir beobachten, wie in diesem Prozess das Einstehen für eine offene kontroverse Positionsfindung, außerparlamentarische Bündnisorientierung, Parteinahme für die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten, innere Demokratie und kritische Haltungen gegenüber gesellschaftlichen Prozessen wie sozialer Ungleichheit, Rechtsentwicklung, rassistischer Diskriminierung und dem Abbau demokratischer Grundrechte geopfert werden.

Die Entscheidung der PDS, sich von Menschen, die für diese Positionen stehen, zu distanzie-

ren, ist für uns Ausdruck einer politischen Entwicklung, in der wir für uns selbst keinen Platz erkennen können.

Unabhängig davon, ob wir Teil der PDS sind, bisher mit der PDS zusammengearbeitet haben oder schon immer kritisch zu ihr standen, ist es notwendig, eine Debatte über die Bündnisarbeit zu führen.

Wenn wir wollen, dass linke und interkulturelle Politik auch im Landesparlament vertreten ist, müssen wir konkrete Anforderungen entwickeln und verhindern, dass sich die Anpassung an die Mitte fortsetzt.

Wenn wir wollen, dass eine rosa-rote Koalition zur einer anderen Politik führt und nicht zum farblosen Ersatz des schwarzen Filz wird, müssen wir uns einmischen und die ParlamentarierInnen unterstützen, die für eine linke und interkulturelle Politik stehen.

Ramelow kritisiert Innenminister heftig

Vergleich mit Gefangenentransport

Erfurt (FW). Wegen des Vorgehens der Polizei gegen linke Demonstranten in Saalfeld hat der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Bodo Ramelow, Innenminister Richard Dewes (SPD) heftig kritisiert.

FW 19.3.98
In einem offenen Brief warf Ramelow dem Innenminister vor, die Staatsmacht setze links und rechts verbal gleich und habe dafür gesorgt, daß am Wochenende in Saalfeld Demonstranten eingekesselt und „fast port“ verbracht wurden. Der Chef der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) schildert in dem Schreiben ausführlich seine und die Eindrücke seiner beiden minderjährigen Söhne von dem Polizeieinsatz. Der Ablauf und die polizeitaktischen Maßnahmen hätte sie zu dem Eindruck kommen lassen, „daß an einer freien Demonstrationsausübung überhaupt kein Interesse bestand“, schreibt der Gewerkschaftsfunktionär. Ramelow gehört zu den Initiatoren der „erläuter Erklärung“, die vor Jahresfrist auch der SPD-Landesvorsitzende Dewes unterschrieben hatte.

Für Ramelow und seine zwölf und 14 Jahre alten Söhne sei

zudem unfaßbar gewesen, daß hinter Polizeiketten Nazis demonstrieren, Baseballschläger schwingen und den verfassungswidrigen Hiltrug ungestraft hätten zeigen dürfen. Keiner der Polizisten habe Anstalten gemacht, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Dagegen seien seine Kinder erstmals in ihrem Leben komplett gefilzt und bis in den Genitalbereich abgerastet worden. Dieses Szenario habe sich wenige Minuten später wiederholt. In diesem Zusammenhang versichert Ramelow, daß sich in dem Bus junger Leute, mit dem er ange-reist sei, außer einer eingetrollten Gewerkschaftsfahne keinerlei Gegenstände befanden, die gegen die polizeilichen Auflagen verstoßen hätten oder auch nur ansatzweise als Bewaffnung hätten ausgelegt werden können.

Zeugen einer „erbärmlichen Staatsnacht-demonstration“ seien seine Söhne dann geworden, als Ramelow in der Absicht, den Demonstrationsszug durch den Saalfelder Ortsteil Gornsdorf neu zu formieren, hinter eine Polizeikette gezerrt worden sei. Schließlich seien Demonstranten massiv vom Bordstein abgedrängt und ein „erläuter siebentjähriges Kind mit „un glaublicher Härte einfach von Bürgersteig in den Demonstrationsszug hineingeschult“ worden.

Wohn führt der Weg?

Samuel Salzborn

Die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ klärt auf

CDU-naher Anti-Antifaschismus

Jüngst hat die CDU-nahe „Konrad-Adenauer-Stiftung“ (KAS) die 44. Broschüre in ihrer Reihe „Aktuelle Fragen der Politik“ veröffentlicht. „Solange die sozialistischen Systeme 'real existierten', galt der Linksextremismus als der gefährlichste Gegner, nach ihrem Ende 1989 rückte der Rechtsextremismus ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Aber die Gefahr des Linksextremismus darf nicht vernachlässigt werden“, beschreibt die KAS die Intention der neuen Schrift, die folgerichtig den Titel „Linksextremismus - eine vernachlässigte Gefahr“ trägt.

Neben dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der KAS, **Gerd Langguth**, der sich mit der PDS auseinandersetzt, ist auch ein Ministerialdirektor des Bundesinnenministeriums, **Reinhard Rupprecht**, mit einem Beitrag zur Frage der „Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus“ vertreten. Desweiteren betrachtet der „Extremismusforscher“ **Rudolf von Hüllen** den „Linksextremismus“ historisch, wobei er als eines seiner strategischen Konzepte das der Zerstörung der „Kulturellen Hegemonie“ zu erkennen glaubt. Unter Bezugnahme auf Grassi wurde dieses Konzept - in mindestens den letzten zehn Jahren eigentlich, so möchte man glauben, ein explizit rechtes Konzept - von der französischen „Nouvelle Droite“ zur deutschen „Neuen Rechten“ exportiert. Besondere Beachtung verdient jedoch ein Aufsatz von **J. Kurt Klein**, der von der KAS als Publizist vorgestellt wird. Sein Thema: „Strategien der Immunisierung gegen den Mißbrauch des Antifaschismus als politisches Kampfmittel“.

Während von Hüllen sich noch in überwitzigen Behauptungen, wie z.B. der, daß wer in der Monatszeitschrift „konkret“ als Nazi definiert und in der antifaschistischen Zeitschrift DER RECHTE RAND als Ziel aufbereitet“ würde, sich nicht wundern müsse, „wenn solcher 'antifaschistischen Aufklärung' die revolutionäre Praxis“ folgen würde, ergeht, wird Klein deutlicher. Faschismus stehe, so behauptet Klein, derzeit für alles, was rechts sei und der Faschismusvorwurf werde „von allen Linksextremisten und vielen Linkradikalen als politischer Diffsamierungsbegriff pauschal gegen alle Kritiker des Sozialismus und Kommunismus“ angewandt. Die „linksextremistischen sogenannten 'Autonomen'“ würden ihn dabei in „besonderer, gewaltbereiter Weise“ instrumentalisieren. Klein geht bei seinen Theorien davon aus, daß es eine „Wesensidentität von Nationalsozialismus und Kommunismus“ gebe und es gehöre schon ein „krankhaftes Maß von Ignoranz“ dazu, so Klein, die „historischen Tatsachen“ nicht zu sehen.

Für solche eine Tatsache hält der einfrige Aufklärer auch, daß die deutsche Nation „in der Geschichte unseres Kontinents und der Welt große Leistungen vollbracht“ habe. Auf diese sollte es, das deutsche Volk, „ohne

jegliche Verkrampfungen“ stolz sein. „Im Namen dieses Volkes“ seien auch Unmenschlichkeiten geschehen, für die „wir“, also Klein und sein Volk, „Scham“ empfinden. Daß die „Linksextremisten“ Kleins Tatsa-



Altbundeskanzler Konrad Adenauer - Namenspatron der CDU-nahen Stiftung

chen bisweilen kritisch hinterfragen, bringt den Agitator zu dem Schluß, daß „bei den Antifaschismus-Agitatoren rationale Argumente kaum Eindruck hinterlassen“. Was wiederum daran liegen soll, daß diese im „Schwarz-Weiß-Denken befangen, rationalen Argumenten kaum zugänglich und - nicht selten - voller klassenkämpferischen Hasses“ seien. Für den Fall, daß der Einwand kommen könnte, daß auch aus dem bürgerlichen Spektrum bisweilen antifaschistische Initiativen aufgerufen und weiterentwickelt werden, hat Klein auch die passende Antwort parat: „Daß viele 'bürgerliche' Geister den wahren Charakter der 'Antifa'-Agitation verneinen, Stempelt sie zu 'nutzlichen Idioten', ändert aber nichts an der Tatsache“.

Daß es völlig falsch sei, sich gegenüber den „linksextremen“ Antifaschisten verbal zu verteidigen, stellt Klein fortführend fest, weil diese „in ihrer Agitation skrupellos“ seien und ihnen „jedes Mittel recht“ sei, um die

„verhätten 'Feinde' in Verrät zu bringen“. „Was tun?“, fragte Lenin und Klei in antwortend, daß man sich stets der „hoherfüllten Feindschaft“ der „verfassungseintlichen Extremisten“ bewußt sein müsse und auf ihre „Provokationen“ nur deshalb eingehen müsse, weil es um die „Überzeugung der sogenannten 'Dritgruppe'“ gehe. Die „Dritgruppe“, nach Klein im Optimalstand eine „heterogene Struktur aus Bürgern, die der freiheitlichen demokratischen Grundhaltung zuzurechnen sind“, muß der „Nicht-Extremist sich bei öffentlichen Verratsstellungen zuwenden und deren Ohr gewinnen“.

Und was, wenn der vermeintlich demokratischere Demokrat sich der Herausforderung der „direkten Auseinandersetzung mit Extremisten“ nicht gewachsen sei? Er solle, er ihn aus dem Weg gehen, meint Klein und erklärt über seine Gegner: „Die se wollen bewußt provozieren und die Grenzen anstoßen, bis zu denen der 'Feind' getrieben werden kann. Vielleicht hilft bei eine Empfehlung weiter, die der 'Eiserne Kanzler' Otto von Bismarck gegeben haben soll: 'Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse, aber gehenkt wird doch!'“.

Als Fußnote sei noch vermerkt, daß die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ laut Bundeshaushaltplan in diesem Jahr mehr als 55 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt bekommt.

Es bleibe sich jetzt ausführlich darüber spekulieren, was Herr Klein unter „seiner publizistischen Schöpfung subsumiert bzw. von welchen Projekten er sich als Publizist in Dienst stellen läßt. Zwei Hinweise sind jedoch in diesem Zusammenhang von erheblicher mehr Bedeutung: Erstens der, daß seine grundsätzlichen Argumentationsfiguren, wie auch sein Jargon, die stark an die theoretische Schule des Hans-Helmut Knitter, die von Uwe Backes und Eckhard Jesse oder die der Antonia Grundberg erinnert, deren inhaltliche Grundlagen ausführlich von Rainund Hethel im DRR-Sandstrich Nr. 1 zur „Anti-Antifa“ herausgearbeitet wurden.

„Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse, aber gehenkt wird doch!“ (Otto von Bismarck)

Neben dem Verweis auf den sprachlich geschickt verpackten, qualitativ 52-seitigen des „... aber gehenkt wird doch!“, der in einer Schrift publiziert wurde, die mit einer parteinahen Stiftung einer der „der Regierungskoalition beteiligten Parteien“ veröffentlicht wurde, sei zweitens noch zu nennen, daß z.B. **Hartmut Koschyk** (CSU-MdB) in der in derselben Reihe erschiehen KAS-Schrift „Die Diktatur der SED - Geschichte und Folgen“ mitgewirkt hat. Koschyk ist Vorsitzender des „Vereins für das Deutschland im Ausland“ (VDA), dessen Name Programm ist. Bei der Mitglieder-Sammlung des VDA am 10. Oktober 1997 wurde der oben erwähnte Knitter übrigens zum Ersatzkandidaten des VDA-Verwahngesetzes bestimmt. Wer sind hier eigentlich die „Extremisten“?

Auf der Suche?

In der „kleinen Anfrage 470“ des Thüringer CDU MdL, Panse heißt es:

„Für die Demonstration am 2. Oktober 2001 in Erfurt mit dem Titel 'Es gibt tausend gute Gründe Deutschland zu lassen' wird unter anderem auch auf den Internetseiten des Vereins 'Infoladen Sabotnik' aufgerufen. Des Weiteren wird auf den Internetseiten auf eine punktuelle Zusammenarbeit mit der PDS und dem DGB verwiesen. ...“

Mit gewollter Inkompentenz - siehe Seite 18 - wird die Anti-Antifa der CDU ins Parlament gebracht.

Doch der PDSler Ramelow kopiert diese Inkompentenz und schließt sich der CDU-Logik Links = Rechts an.

(Aus Druck Thüringer Landtag, 8.10.01)

**"Es liegt im Wesen der Macht,
 nicht nur ihre Erhaltung
 mit allen Mitteln zu verteidigen,
 sondern sich materiell
 und ideell immer stärker zu machen,
 ja, ihre Ausdehnung und Kräftigung
 als einzigen Inhalt allen
 ihren Handlungen zugrunde zu legen."**

(Erich Mühsam)

